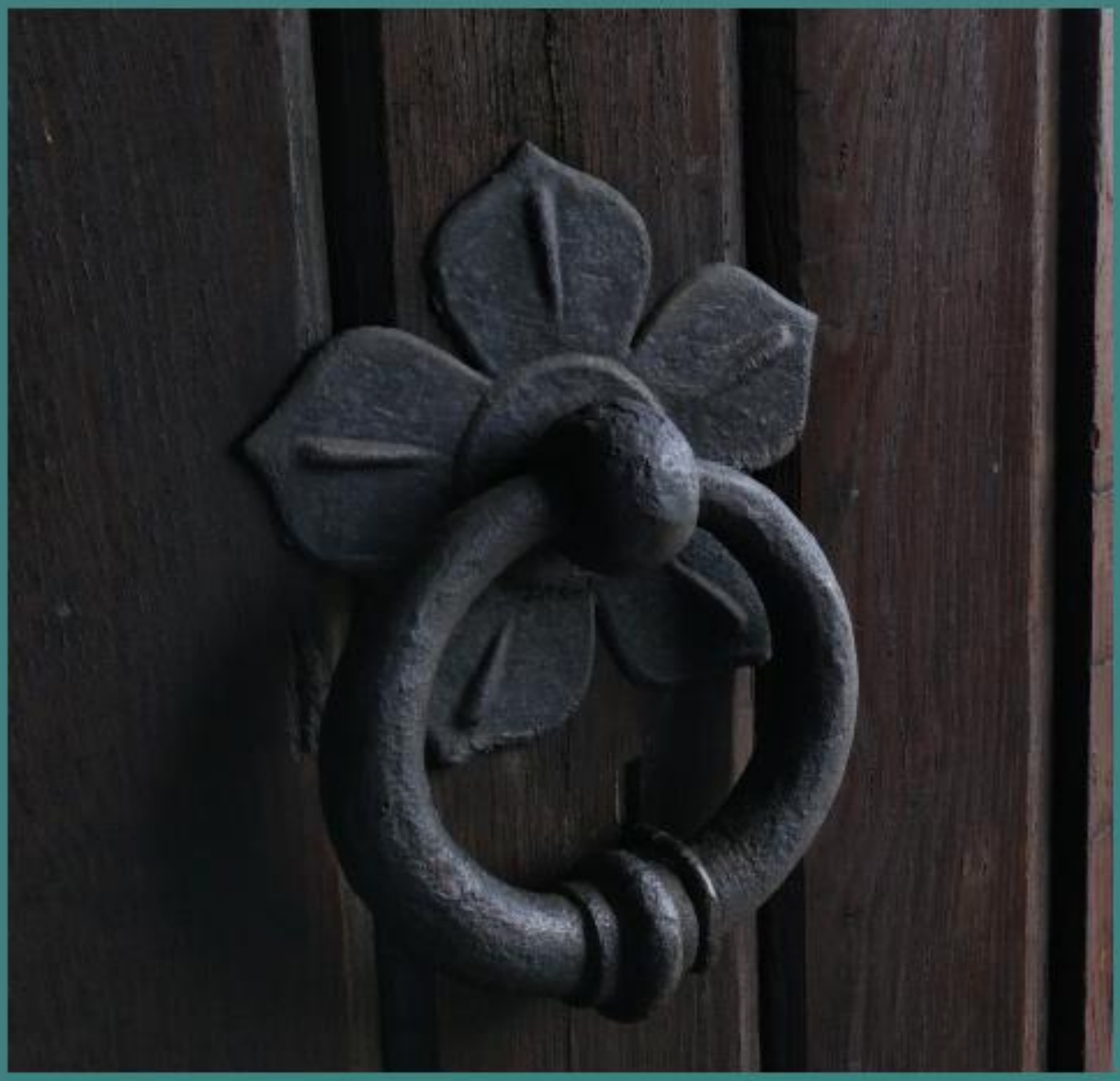
WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

August 2018



Schmiedeeiserne Witiko-Rose

am Portal der Burg Gratzen, Südböhmen (sh. S.3)

Inhalt:

01. Die „Biotope“ der Witikorose S. 03
02. Wiederbelebung des Kommunismus in Prag S. 04
03. Merkels Worte „ausbuchstabieren“ S. 05
04. Die Fußball-WM S. 05
05. Das Wort des Vorsitzenden S. 06
06. Bericht vom 69. ST 2018 in Augsburg S. 06
07. Von der Arbeit befreundeter Gruppen S. 08
08. Witikonisches Tagebuch S. 09
09. Gedenktafel für das Hanke-Lager in M.-Ostrau S.09
10. Umdenken in der Kulturpolitik? S. 10
11. Tsch. Gericht rehabilitiert DDR-Flüchtlinge S. 10
12. Wirkliche und erfundene Gedenkjahre (5 Teile!) S. 11
13. In den Fußstapfen Egon Bahrs S. 16
14. „Böhmische Dörfer“ (Geschichtsfälschung !) S. 18
15. „Die Welt verstehen“ S. 20
16. Die Unabhängigkeit der Gerichte S. 21
17. Peter Rosegger-Denkmal umgewidmet S. 22
18. Ein Unterschied: Vertreibung – Migration S. 23

… und weitere Beiträge passim

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 015221905772
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 61. Jahr!

Klage eines böhmischen Humanisten

Bohuslaus Hassenstein von Lobkowitz schrieb am 20. Oktober 1508 seinem Freund Bernard Adelmann in Eichstätt folgendes:

Boh.Hassenstein
(1461-1510)

Als Germanien einst unter den Ottonen, den Heinrichen und Friedrichen blühte, erfreuten auch wir uns fast unermesslichen Reichtums, und Böhmen galt als vornehmster Teil Eures Reiches. Jetzt aber, da Eure Angelegenheiten schwanken, geraten auch wir nicht nur aus dem Gleichgewicht, sondern stürzen völlig in den Abgrund.

(Olim equidem sub Ottonibus, Henricis Fridericisque Germania florente etiam opes /nostrae/ in immensum creverunt, nobilissimaque portio vestri imperii Boemia putabatur: nunc autem rebus vestris inclinantibus nos quoque non solum inclinamus, sed plane ruimus.)

Burg Hassenstein liegt bei Kaaden.

Fundstücke:

1. Ministerpräsident Andrej Babiš erwarb im letzten Jahr in Gurschdorf (Kr. Freiwaldau) 3.000 ha landwirtschaftliche Anbaufläche aus dem enteigneten Besitz Sudetendeutscher (Mitteilungsblatt SL- Obb., Mai 2018).
2. Am 20.6.2018 war siebzigster Jahrestag der Einführung der D-Mark. Diese Währungsreform traf die Vertriebenen besonders hart, weil sie über keinerlei Sachwerte verfügten (Seehofer am 20.6.2018 in Berlin).
3. Die Bildzeitung begleitete die Asylpolitik der Kanzlerin bis April 2018 durchaus wohlwollend. Wegen sinkender Verkaufszahlen druckt sie seither aber regelmäßig asylkritische Artikel (JF. 22.6.18, S. 17).
4. Josef Fischer (Die Grünen), damals hessischer Umweltminister, erklärte im Mai 1986: *"Wir müssen uns dazu bereitfinden, Flüchtlinge in die DDR zurückzuschicken, denn es muss alles unterlassen werden, was den Bestand der DDR in Frage stellen könnte“* (FAZ, 31.5.1986).
5. Der „Erdüberlastungstag“ 2018 war der 1. August. Bis dahin lebte die Weltbevölkerung von den jährlich nachwachsenden Vorräten, danach nur noch von den nichterneuerbaren Beständen wie Kohle, Öl und Wasser.

Die „Biotope“ der Witiko-Rose

Die fünfblättrige Rose zierte einst das Wappen des mächtigen südböhmischen Adelsgeschlechtes der Rosenberger. Sie ist ein einprägsames Symbol, das man auch heute noch in meist etwas verborgenen „Lebensräumen“ antrifft. So ist die Rose natürlich den Mitgliedern unseres Bundes vertraut, denn unsere Gründerväter wählten den Rosenberger Witiko, die idealisierte Romanfigur Adalbert Stifters, zu ihrem Vorbild und adoptierten damit auch dessen Wappen. Seither ziert die Rose sowohl unseren Briefkopf als auch die Umschlagseite des Witikobriefes. Auch die kleine Anstecknadel, die jedes Mitglied bekommt, zeigt dieses Symbol. Die Rose entdeckt man aber auch am Türgriff des Sudetendeutschen Hauses in München, was überhaupt nicht überrascht, denn die von Witiko verkörperten Werte gereichen jedem zur Ehre.

Wappenbild der „Rosenberge“

Mit einer Tür hat auch der nächste Fund zu tun. Als Ende Juni die sudetendeutsche Wandergruppe „Junge und mittlere Generation“ Südböhmen erkundete, entdeckte sie am Portal der Burg Gratzen (Nové Hrady) eine schmiedeeiserne fünfblättrige Witikorose. Geistesgegenwärtig hat sie einer der Wanderer abgelichtet und das Foto dem Witikobrief zur Verfügung gestellt. Sie schmückt das Umschlagbild dieser Folge. Danke!

Türgriff mit Rose am Sudetendeutschen Haus in München

Die Erinnerung an die Rosenberger wird in Südböhmen nicht nur an Burgtoren wachgehalten. Da Krumau einer der Hauptsitze der Rosenberger war, begeht man dort jedes Jahr im Juni das *„Fest der fünfblättrigen Rose“*. Der Aufwand in diesem Jahr war sehr groß, denn es wurden auf zehn Bühnen Musik, Theater, Fechten, Tanz, Gaukler, Märkte und weitere Veranstaltungen angeboten. Ein Höhepunkt des Programms waren fünf Umzüge in historischen Kostümen. Im vergangenen Jahr zählte man 27.000 Festbesucher.

Etwas aus der Geschichte

Feste dienen oft der Verklärung. Die dahinter stehende Wirklichkeit ist oft weniger idyllisch. Das gilt auch für Krumau. Die Rosenberger waren nicht nur das berühmteste Adelsgeschlecht Böhmens, sondern auch tragender Teil einer strengen Ständeherrschaft. Bei Bertold Bretholz (Neuere Geschichte Böhmens, Gotha 1920) liest man, dass sich ihr Besitz rund um die beiden Zentren Krumau und Wittinghaus erstreckte. Das jeweils älteste Mitglied dieses Hauses übte als *„Regent“* eine *„Oberherrschaft“* aus und vertrat die Familie nach außen. Bei allen königlichen und ständischen Zusammenkünften gab er seine Stimme als Erster ab und hatte seinen Platz zur Rechten des Königs. Er hatte auch über alle Landesherren und Offiziere *„zu sitzen“*, d.h. richterliche Gewalt auszuüben.

Burg Gratzen (erb.um 1275)

Besonderes Ansehen genoss an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert Peter von Rosenberg. Er hatte bei den Königen Wladislaus (1456-1516) und Ludwig (1506-1526) *„groß Lieb und Gunst“* und hat auch *„mit ihnen bei anderen frembden Fürsten über der Tafel gesessen und gessen, welches sonsten keinem aus den böhmischen Herren erlaubt ward“*. Der böhmische Humanist Lobkowitz von Hassenstein (1462-1510) schrieb über Peter: *„Diesen ganzen Kreis, der die Zügel des Reiches führt, übertrifft der Adel Peters des Rosenbergers“* (Hunc omnem coetum, regni qui flectit habenas, exsuperat Petri nobilitas Rosei).

Peter von Rosenberg konnte es sich auch erlauben, König Ludwig zu sagen: *„Du bist zwar unser König, wir aber sind Deine Herren“*. Das Böhmen der Rosenberger war daher keine romantisch angehauchte Monarchie, sondern eine erbarmungslos durchgreifende Oligarchie. Ob sich dessen alle Besucher des „*Festes der fünfblättrigen Rose*“ bewusst sind?

Peter von Rosenberg war kinderlos und hatte wegen eines Streites mit seinen Neffen diese vom Erbe ausgeschlossen. Es gehörte mit zu den ersten Aufgaben König Ferdinands II (1503-1564) nach Peters 1523 erfolgtem Tode die Teile dieser Herrschaft wieder zusammenzufügen.

So wie die Alten sungen!
Wiederbelebung des Kommunismus in Prag:

In Prag schloss die Minderheitenregierung des Multimillionärs Babiš ein „Toleranz-Patent“ mit den Kommunisten. Das ist in Ordnung, wenn man von folgendem Witz ausgeht:
Frage: *Was ist der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus?* Antwort: *Im Kapitalismus beutet der Mensch den Menschen aus, aber im Kommunismus ist es gerade umgekehrt!*
Weniger lustig ist jedoch die historische Sehweise, denn der Kommunismus scheint bei den Tschechen tiefer zu sitzen als viele denken.

Hier die Einzelheiten:

Die tschechische Kommunistische Partei (KPTsch) wurde 1918 in Moskau unter dem Patronat Lenins gegründet. Die tschechischen Hauptdarsteller waren die Legionäre Alois Muna und Arno Hais. Im neuen Staat schaffte es die Partei in das Parlament und konnte ungestört ihre Kader aufbauen.

Alois Muna
1886-1943

Benesch knüpfte in den Jahren 1920-1921 erste Kontakte zu Georgi.W. Tschitscherin (1872-1936, sowjet. Außenminister) und schloss 1922 einen Handelsvertrag mit der SU. Zwecks „Landschaftspflege“ spendete die CSR 1922 zehn Millionen Kronen für das hungernde Russland, wovon aber eine Million für die KPTsch abgezweigt wurde! 1924 beschloss man, die Beziehungen zu „normalisieren“. Das sah dann so aus: Der KPTsch-Sprecher brüstete sich 1929 im Parlament damit, dass seine Partei in Moskau geschult werde. Frech rief er den anderen Fraktionen zu*: „Und wisst Ihr, was wir dort lernen? Wir lernen von den Bolschewiken, wie man Euch den Hals abschneidet.“*
Vielleicht dauerte es deshalb noch bis 1934, ehe diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Dann aber folgte 1935 der Bündnisvertrag, der große militärische Bedeutung hatte und das tschechische Kulturleben massiv beeinflusste, etwa durch die Überschwemmung des Landes mit sowjetischen Filmen. Das war so schlimm, dass die tschechischen Agrarier das Entstehen der Henlein-Partei als weiterer konservativer Kraft im Staate freundlich begleiteten. 1948 musste sich dafür deren Vorsitzender, Dr. Josef Cerny, vor Gericht verantworten. Wie stark der sowjetische Einfluss war, zeigt das 1938 erschienene Büchlein von Karl Vietz, *„Verrat an Europa“*.
Damit war aber die Geduld der westlichen Großmächte erschöpft. Die CSR war in Versailles als Bollwerk gegen den Bolschewismus errichtet worden. Jetzt entpuppte sie sich als dessen Brückenkopf. Da 1936 auch Spanien ins sozialistische Lager abzugleiten drohte, nutzte man die Sudetenfrage, um die CSR zu schwächen. Es kam zum Abtretungsvertrag von Prag, dem Deutschland in München beitrat.

Der Rest ist schnell erzählt:

Benesch nahm im Dezember 1943 in Moskau den Flirt mit Stalin wieder auf und stellte die Enteignung der Sudetendeutschen als ersten Schritt zur Kollektivierung allen Eigentums in der CSR dar. Als das tschechische Wahlvolk bei der letzten noch halbwegs freien Wahl 1946 der KPTsch mit 40,1 Prozent der Stimmen quasi das Mandat dazu erteilte, konnte im Februar 1948 der Umsturz folgen. Der kommunistische Terror war danach nirgends blutiger als in der CSSR, und mit der Gulag-Dichte erreichte man fast Sowjet-Niveau. 1968 war ein Eingriff von außen nötig, um die KPTsch an der Macht zu halten, doch 1989 wurde sie aus der Regierung gejagt. Sie überlebte als Kleinpartei, bis sie jetzt von Andrej Babiš wieder aufgewertet wurde.
Der Pole Adam Michnik meinte, das Schlimmste am Kommunismus sei die Zeit danach. Wenn das stimmt, ist der tschechische Premier gerade dabei, einen großen Fehler zu machen. Er sollte seinen Schritt noch einmal überdenken, um dieses „Danach“ zu vermeiden.
Dies sei der Rat der Sudetendeutschen an Andrej Babiš.

Zum Nachlesen:

Jaksch, Europas Weg nach Potsdam; Willars, Christian, Die böhmische Zitadelle, 1965

Im Münchner Abkommen trat Deutschland dem am 21. September 1938 zwischen England, Frankreich und der Tschechoslowakei geschlossenen Abtretungsvertrag bei. (Dr. Hans Merkel, 1987)

Merkels Worte „ausbuchstabieren“!

Am 24. Juni 2018 erklärte die Kanzlerin bei der Gedenkfeier für die Vertriebenen in Berlin, dass es für die Vertreibung keine *„moralische oder politische Rechtfertigung“* gegeben habe. Das hört sich gut an, ist aber nur das bei solchen Anlässen übliche Placebo. Dafür spricht auch, dass die Anfechtung der *rechtlichen* Rechtfertigung fehlte! So müssen wir das Ganze leider wieder als Teil einer Wählertäuschung vor zwei wichtigen Landtagswahlen einstufen. Das ist wie in der CR. Dort gewinnt man Wahlen, wenn man das Sudetengespenst beschwört, hier hofft man auf Stimmen, wenn man die Untaten der Vertreiber beklagt. Noch verwerflicher ist aber, dass Merkel das Leid der Vertriebenen in zynischer Weise gegen die Widersacher ihrer Asylpolitik einsetzte. Im Stile eines kleinen Rachefeldzuges hielt sie den Polen und Tschechen den Spiegel ihrer Unrechtstaten vor, hoffend, diese so für die Billigung der von ihr angezettelten Masseneinwanderung „weichkochen“ zu können.

Was bleibt?

Alleine dieser Zynismus, aber auch die Erfahrungen aus drei Regierungszeiten verbieten es, der Berliner Kanzlerrede irgendwelche Hoffnungszeichen zu entnehmen. Dies umso weniger als unsere Landsmannschaften selbst die „weiße Fahne“ hissen wollen und – im Falle der Sudetendeutschen - nur auf dem Klagewege von der völligen Kapitulation abgehalten werden konnten. Wir sind im Kampf um unsere Rechte und um die historische Wahrheit auf uns alleine gestellt.

Die Wahrheit in Kürze:

Wie weit man auch in der Geschichte Böhmens zurückgeht, man wird nichts finden, wofür die Sudetendeutschen die Vertreibung verdient hätten! 1918 wurden sie vielmehr gegen ihren ausdrücklichen Willen in einen Staat gepresst, der offen den kulturellen Völkermord an ihnen plante und der sie wirtschaftlich aushungerte.

Schmerzhaft war für die Tschechen die Errichtung des Protektorats. Diese erfolgte aber ohne jedes Zutun der Sudetendeutschen und wurde von diesen sogar weitgehend abgelehnt. Die Lebensverhältnisse im Protektorat waren besser als im Reich, und Hitler entsprach weitgehend Hachas Bitte, keine Sudetendeutschen in der Protektoratsverwaltung einzusetzen. Nicht einmal der tschechische Staatsschatz wurde angetastet.

Wofür wurden die Sudetendeutschen dann eigentlich bestraft? Wurden sie vertrieben, weil sie 1938 den „Anschluss“ bejubelten? Das taten vor ihnen auch die Saarländer und die Österreicher, und zwar folgenlos für beide. Die Sudetendeutschen jubelten vor allem, weil sie in ihrem Siedlungsgebiet wie in einer Kolonie gehalten worden waren (Vojmir Simonek, Volkszeitung, 10.5.1968).

Kopf hoch!

Dies ist in wenigen Worten die Wahrheit. Das ist auch der Grund für die Nervosität in Prag nach Bekanntwerden der Merkel-Worte. Alle Welt weiß, dass die Vertriebenen unschuldig gebüßt haben. Daraus folgt aber auch, dass sie sich mit ihren Anliegen nicht verstecken müssen und frei von Schuldgefühlen stolz und selbstbewusst ihre Sache vertreten dürfen! *(F.V.)*

Die Fussball-WM

Während die deutschen Fußballspieler bei der WM versagten, war die französische Elf erfolgreich. Das liegt vielleicht daran, dass deren Präsident seine Landsleute niemals als *„Menschen, die schon länger hier wohnen“* bezeichnen würde. Leider liegt es aber auch daran, dass der Stürmer Griezmann auf eine große sportliche Geste verzichtete, denn er hätte den durch eine „Schwalbe“ herausgeholten Freistoß auch absichtlich neben das Tor setzen können! Verdribbelt haben sich Özil und Gündogan mit ihrer Werbung für Erdogan. Die in jeder deutschen Sportstätte angebrachten Tafeln *„Mein Freund ist Ausländer“* sind nun arg entwertet. Lothar Matthäus sah nur eine selbstgefällige Altherrenmannschaft auf dem Spielfeld. Der russische Trainer Tschertschessow spottete: *„Ich brauche keine Spieler, die ihren eigenen Friseur mitbringen“.* Thomas Berthold kritisierte die übertriebene Kommerzialisierung. Uwe Seeler hält nichts vom „Ballbesitz-Fußball“. Er sagte: *„Wenn Du den Ball hast, musst Du ihn reinhauen.“* Tröstliches kommt von der Asylfront. Der DFB erteilte Jogi Löw das „Bleiberecht“.

Bleiberecht für Jogi Löw

Das Wort des Vorsitzenden

Felix Vogt Gruber

Liebe Kameradinnen und Kameraden!
Von Konrad Badenheuer haben wir gelernt, dass eine Minderheit ihre Ziele nur erreichen kann, wenn sie der physischen und geistigen Selbstauflösung trotzt. Der Sudetendeutsche Tag bewies die (noch) physische Präsenz der Sudetendeutschen. Besorgt muss man aber wegen ihrer möglichen geistigen Selbstauflösung sein. So feierte die SL im Juli in Würzburg ein Integrationsfest und signalisierte damit, dass man die Akte „Vertreibung“ jetzt schließen kann. Das hat wohl auch der tschechische Botschafter in Berlin so verstanden und mischte sich fröhlich unter die Festgäste. Vielleicht spekulierte er auf doppelten Nutzen, denn die Feier konnte ja auch eine geschickt eingefädelte Plattform für einen jungen Wahlkämpfer sein. Wer weiß das schon so genau?

Das würde jedenfalls zu einem Verein passen, der mit hohen Zustimmungsquoten seiner Beschluss-gremien protzt, obwohl in ihm „*andere Meinungen unterdrückt*“ werden und *„weder ernsthafte Erörterungen“* noch *„überhaupt gremiale Beratungen stattfinden“* (Insiderwissen P.K.). In Wahrheit fürchtet man den Mitgliederentscheid in Satzungsdingen und vollführt Ablenkungsmanöver in Serie. Fiktives verbreitet man auch über die Tschechen, obwohl man weiß, wie „*brüchig*“ deren Stimmung ist (SdZ, 6.7.18, S.3). Sie beteiligen sich an den Versöhnungsszenarien nur, weil sie sich davon das allmähliche Verlöschen unserer Rechte erhoffen.
Unsere Landsleute gegen diese Vorspiegelungen zu immunisieren, gehört daher immer noch zu den wichtigsten Aufgaben des Witikobundes.
Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir müssen diesen Kurs halten. Ein Leuchtfeuer auf diesem Weg wird am 20./21. Oktober unser Jahrestreffen sein. Nehmt bitte daran teil, damit wir eine „atmende“ Gemeinschaft bleiben! Allen Unterstützern zum Schluss noch meinen herzlichsten Dank und „Auf Wiedersehen“ in Echenbrunn!
Ihr/Euer
Felix Vogt Gruber

Termin und Ort der Jahrestagung 2018:
Wir treffen uns am 20./21.Okt.2018 in Echenbrunn bei Gundelfingen, Hotel Sonne, Lauinger Str. 52, Tel. 09073-95864-0. Siehe die offizielle Einladung in Witiko-Intern!

Bericht vom 69. Sudetendeutschen Tag 2018 in Augsburg

Der Witikobund war auch in diesem Jahr vom Sudetendeutschen Tag ausgeschlossen. Damit soll nach dem Willen der SL-Spitze die wichtigste, den Völkermord an den Sudetendeutschen eindeutig verurteilende Gruppe mundtot gemacht werden. Um diese Perversion auf die Spitze zu treiben, hisst man vor dem Messegebäude die tschechische Flagge und empfängt die Verteidiger und Profiteure dieses Verbrechens mit offenen Armen. Deutlicher kann man die Missachtung europäischer Grundwerte nicht ausdrücken. Mittelbar war der Witikobund aber dennoch vor Ort, denn unsere beiden Vorsitzenden, Felix Vogt Gruber und Hans Slezak, hatten für ihre mitgliederstarken Bezirke Oberbayern und Schwaben Stände eingerichtet und standen interessierten Treffensbesuchern für Gespräche zur Verfügung. Bald hatte sich das auch im Informationszentrum am Messeeingang herumgesprochen, so dass die offenbar rege Nachfrage nach dem Witikobund zu diesen „Tarnkappenständen“ gelenkt wurde.

Vor dem Stand des Bezirks Schwaben

Der Stand des Bezirks Oberbayern (Slezak) stellte überwiegend den sudetendeutschen Rechtsstandpunkt, unter Berücksichtigung des Satzungsstreites, dar. Der Stand des Bezirkes

Schwaben (Vogt Gruber, sh. Foto!) ließ mittels Leihgaben des Gundelfinger Heimatmuseums in sensibler Weise nachempfinden, was Vertreibung bedeutet. Am einprägsamsten waren ein Kinderwagen und ein Fahrrad, doch daneben gab es auch Bilder einer Künstlerin aus dem Böhmerwald und Ansichten aus der Heimat zu sehen sowie Bücher und Heimatatlanten aus den Beständen des Witikobundes.
Erfreulich waren die Verjüngung der Standbesetzung und die durchaus zentrale Lage der Stände in der Nachbarschaft des „Böhmischen Dorffestes“ und der stark frequentierten Stände der Egerländer.

Leider staatliche Repression!

Schwieriger war die Verteilung von Informationsmaterial. An den Ständen wurde es gut angenommen. Im Saal hatten unsere Verteiler mit den Sicherheitsdiensten zu kämpfen. **Sogar Polizeistreifen patroullierten in den Hallen, was allerdings das Eingeständnis dafür ist, dass sich die SL-Führung ihrer Basis nicht mehr sicher ist und glaubt, diese mit den Mitteln staatlicher Repression einschüchtern zu müssen.**

Rarität: Freiheitsbaum

Die DDR lässt grüßen!
Vom Treffen ausgeschlossen war auch die AfD. Zugelassen waren die Altparteien, die die Rechtspositionen der Vertriebenen (vielleicht mit Ausnahme der „Freien Wähler“) schon längst aufgegeben haben. Was man davon aber hat, zeigte der (damals noch geschäftsführende) tschechische Ministerpräsident Babiš, der entschieden hatte, niemanden aus seinem Kabinett nach Augsburg zu entsenden. Er könne sich auch nicht vorstellen, einen Sudetendeutschen Tag auf dem Territorium der CR abhalten zu lassen. Um Posselt eine Blamage zu ersparen, erschien doch noch Herr Podivínský, der tschechische Botschafter in Berlin. Aber kann man wirklich darauf stolz sein, wenn der Vertreter eines Staates kommt, dessen moralisches Korsett (nicht erst) seit der Vertreibung der Sudetendeutschen ganz erheblich verrutscht ist?

Die Söder-Rede

Mit einer gewissen Neugier sah man dem Auftritt des neuen Schirmherren, des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, entgegen. Er sprach viel über Heimat, vor allem über die neuerdings positive Konnotation dieses Begriffes. Damit begann er einen gefährlichen Drahtseilakt, denn wie kann man von Heimat schwärmen, wenn die eigenen Parteifreunde in München gerade dabei sind, mittels Satzungsänderung vom Heimatrecht seiner (Söders) Zuhörern Abschied zu nehmen? Sein Versuch, aus diesem Dilemma herauszukommen, sah so aus: Er lobte **die besondere Brückenbauerfunktion der Sudetendeutschen, die im Gegensatz zu anderen Gruppen Europa aufbauen wollten und auf Rückkehr und Entschädigung verzichteten.**
Heimat für die Sudetendeutschen ist also nicht vorgesehen. Dafür wird ihnen eine Portion Valium namens Europa verabreicht. Das war gewiss Musik in den Ohren Posselts, denn genau das ist die Scheinwelt, in der er lebt. Sämtliche Gerichtsentscheide, die die SL nach wie vor an ihre alte, anderslautende Satzung binden, werden ignoriert. Aber mit Europa statt verlorener Heimat lassen sich die wenigsten abspeisen. Auch Herr Posselt sollte erkennen, dass er einem Auslaufmodell nachrennt. Darüber sollte ihn und Herrn Söder auch nicht der Applaus der Zuhörer in der Schwabenhalle hinwegtäuschen, denn dieselben Zuhörer haben vor wenigen Jahren auch Edmund Stoiber für die gegenteilige Aussage zugejubelt. Trügerisch kann auch das dicke Lob sein, das Söder Herrn Posselt spendete, denn schon Horaz hatte vor 2000 Jahren erkannt: *Den Fürsten gefallen zu haben, ist nicht das höchste Lob* (principibus placuisse viris non ultima laus est, ep.I,17).

Beneschdekrete tabu?

In seiner ganzen Rede erwähnte Söder die Beneschdekrete und die damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschheit mit keiner Silbe. Diesen Happen hatte tags zuvor der Parlamentarische Staatssekretär, Stephan Mayer, CSU, den danach dürstenden Zuhörern hingeworfen, denn er bezeichnete die Vertreibungsgesetze der Tschechen als nicht mehr in das Europa von heute passend. Leider gab er diese Aussage sofort nur als seine persönliche Meinung aus.
Söders Auftritt in Augsburg gehörte freilich schon zum Wahlkampf für die Landtagswahl am 14. Oktober. Entscheidend wird dann sein, wie sich die Parteien um die Basis kümmern. So hatte der SL-Bezirk Oberbayern im Vorfeld des Sudetendeutschen Tages alle Parteien zur Kontaktaufnahme an seinem Stand eingeladen. Als einzige Partei erschien die AfD (Alternative für Deutschland) mit einer Delegation und ließ sich über die Lage der Volksgruppe informieren.

Kultur im Mittelpunkt?

Die politische Entleerung des Sudetendeutschen Tages hat eine Verlagerung auf das Kulturelle zur Folge. Vielen Besuchern geht aber die Betonung des „gemeinsamen Kulturerbes“ gegen den Strich, so als hätte es keine eigenständige sudetendeutsche Kultur gegeben. Ist unser Selbstwertgefühl schon

so sehr demontiert? Soll etwa Deutsches als tschechisch etikettiert werden, um es damit „salonfähig“ zu machen? Das wäre die geistige Selbstauflösung der Volksgruppe, vor der Konrad Badenheuer immer warnt.

Mit dem Ohr an der Basis

Die Erfahrungen „unserer“ Standbesatzungen deuten in eine andere Richtung und lassen sich in etwa so zusammenfassen: Über die Generationen hinweg war man froh, in Augsburg wieder eine „Gasse der Wahrheit“ (so ein altes Transparent des Witikobundes) vorzufinden. Oft schien es sich um Nachfahren von Heimatverbliebenen oder von Aussiedlern zu handeln. Die Präsentationen zur Weitergeltung der Beneschdekrete und des Straffreistellungsgesetzes sowie der Wahrheit über die "Satzungsänderung" kamen gut an. In Gesprächen wurde deutlich, dass auch die Nachfahren der Vertriebenen die Sudetenfrage „noch ordentlich geregelt“ haben und „Gerechtigkeit hergestellt“ sehen möchten. Man hatte **nicht** den Eindruck, dass man sich mit Freundschaftsbekundungen und Europafloskeln zufriedengibt. Dementsprechend war auch das diesbezügliche Infomaterial an den beiden Ständen unserer Vorsitzenden gefragt.

Es gibt sicher über Generationen- und Weltanschauungsgrenzen hinweg einen gemeinsamen Nenner. Diesen zu erspüren und produktiv werden zu lassen, wäre für die SL-Führung eine lohnendere Aufgabe, als vor Gericht um die Verwässerung der Satzungsziele zu streiten. *(F.V./A.W.)*

Von der Arbeit befreundeter Gruppen

Zu den befreundeten Gruppen unseres Bundes gehört die STES (Studiengruppe Erbland Sudetenland). Deren Vorstand wandte sich brieflich an den neuen Ministerpräsidenten von Bayern, um sich zu beschweren, dass er am Sudetendeutschen Tag (ST) jede Kritik an den Verbrechen der Tschechen vermieden hat. Die STES setzte Söders Schweigen in Beziehung zum Parteiprogramm der CSU, das die Menschenrechte und die Menschenwürde für nicht verhandelbar erklärt. Klage wird auch geführt, weil der kommissarische SL-Vorsitzende, Bernd Posselt, die Gegner seines Kurses mit den Chauvinisten in der Tschechei **gleichsetzt**. Während diese für die Beibehaltung der menschrechtswidrigen Vertreibungsdekrete streiten, setzen sich die sudetendeutschen Gruppen aber für deren Abschaffung ein. In Herrn Posselts Europa sollen offenbar Räuber und Beraubte gleichgestellt werden.

Wahlprüfsteine

Zu den befreundeten Gruppen gehört auch der SL-Bezirk Oberbayern. Dieser verschickte vor dem ST Wahlprüfsteine an alle Parteien. Sie lauten:

♦ **Werden Sie sich, getreu dem Artikel 1 des Grundgesetzes, dafür einsetzen, dass die nach wie vor durch die Vertreibung verletzte Würde der Vertriebenen wieder hergestellt wird?**

♦ **Werden Sie von den Vertreiberstaaten die Anwendung der Völker- und Menschenrechte auch für die Heimatvertriebenen Deutschen fordern?**

♦ **Werden Sie sich für die Erhaltung der Kultur in den Heimatgebieten der Vertriebenen stark machen und so die Vertreibung aus der Geschichte stoppen?**

♦ **Werden Sie darauf drängen, dass die immer noch offenen Eigentumsfragen gelöst werden?**

♦ **Werden Sie den Nachkommen von ansiedlungswilligen Vertriebenen in der angestammten Heimat Hilfestellung geben?**

Antworten trafen ein von der FDP, vom B90/Die Grünen und von den Freien Wählern. Die AfD besuchte beim ST den Stand des Bezirkes mit einer Delegation und ließ sich die Anliegen der Vertriebenen erläutern. Wie aktuell deren Forderungen sind, zeigten Ungarn, die Baltischen Staaten und sogar Rumänien und Bulgarien, die ein Rückkehrrechte geschaffen und sogar Teilentschädigung geleistet haben oder noch leisten. Die Bayern-AfD verwies darauf, dass sie auf ihrem Wahlflugblatt die Benes-Vertreibungsdekrete thematisiert habe. Rechtzeitig vor dem ST erging auch ein Urteil gegen Bernd Posselt, der bei Androhung einer Strafe von 250.000 € künftig seine Verleumdungen gegen den AfD-Politiker Bystron (MdB) zu unterlassen habe.

Die SL-Ortsversammlung München am 30. Mai zeigte, dass der Hang der Mitglieder zur AfD immer deutlicher zu Tage tritt.

„Wir Sudetendeutschen sind eine stolze Volksgruppe. Wir wurden von unseren Tschechischen Nachbarn aus unserer blühenden Heimat vertrieben und haben Bayern zur „Vorstufe des Paradieses“, wie es Horst Seehofer sagte, gemacht – und darauf sind wir stolz.“ (Hans Slezak brieflich an Botschafter Podivinsky)

Witikonisches Tagebuch

♦ 17. Juni: Wenzel-Jaksch-Preis

Beim Empfang der bayrischen SPD für die Vertriebenen wurde der tschechischen Ex-Sozialministerin Michaela Marksova der Wenzel-Jaksch-Preis verliehen. Das war erneut eine Pietätlosigkeit gegen einen wehrlosen Toten, denn Jakschs Verhältnis zur SPD war wegen der Ostpolitik heillos zerrüttet, was auch aus einer nur sechs Tage vor seinem Tod gehaltenen Rundfunkrede deutlich hervorgeht.

♦ 20. Juni: Bischof Pieschl ignoriert?

Am 20.Juni 2018 fand in Berlin der „Nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" statt. Zu den Rednern gehörte auch Weihbischof em. Pieschl, doch seine Rede wurde in der Sudetendeutschen Zeitung (29.6.18, S.2) ignoriert. Dabei war er unter den Rednern der einzige Zeitzeuge, der wirklichkeitsnah berichtete und auch die unglaublichen Leistungen der „Mütter und Großmütter" für das Überleben der Familien würdigte.

♦ 21. Juni: Vereinsausschluss gescheitert

Bekanntlich beabsichtigte die SL-Bayern, Kam. Gottstein aus der SL auszuschließen. Gottstein hat dagegen erfolgreich geklagt. Das Urteil ist seit 1.8.18 rechtskräftig. Gottstein bleibt Mitglied.

♦ 26. Juni: Keine politische Bildung

Der BdV-Hessen besuchte die Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Sein Vorschlag, die Bücher „Ordnungsgemäße Überführung" (R.M.Douglas, 2012) und „Die deutschen Vertriebenen" (Prof. de Zayas, 2006) in das Angebot aufzunehmen, wurde abgelehnt. Überhaupt stieß der Wunsch auf stärkere Berücksichtigung der Themen Flucht und Vertreibung auf taube Ohren.

♦ 27. Juni: Minderheitenregierung in Prag

Die Minderheitenregierung von MP Andrej Babis wird von den Kommunisten geduldet. Nach 29 Jahren sind diese also wieder „im Geschäft". Schlechte Aussichten für Vertriebene und die Kirchen!

♦ 3. Juli: Terminabsage

Die für Ende Juli geplante SL-Bundesversammlung wurde wieder abgesagt. Angeblicher Grund: Ferienzeit. Wahrer Grund: Es läuft noch die Klage eines Landsmannes gegen die Rechtmäßigkeit der Bundesversammlung vom Herbst 2017 in Bad Kissingen. Das war schon der Grund für die Verschiebung vom März auf Juli 2018. Da das Urteil erst am 17. August 2018 verkündet und evtl. Revision eingelegt wird, ist die Versammlung jetzt für Ende Oktober geplant.

♦ 6. Juli: Kein „Völkerkerker"!

Die SL-Vereinszeitung vom 6. Juli 2018, S. 8, erwähnt eher beiläufig das 2006 erschienene Buch „Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung" von Milan Hlavacka. Es beschreibt die vorbildliche kommunale Selbstverwaltung in Böhmen zwischen 1862 und 1913, die sich dank Förderung durch die k.u.k. Verwaltung und die Rechtsprechung zu einer „Arena der Demokratie" entwickeln konnte! Hier befällt uns dreifaches Staunen: 1. Warum hat man uns seit 100 Jahren so viel von einem „Völkerkerker Österreich" oder gar vom „Temno" vorgejammert? 2. Warum hat eine Institution wie das Collegium Carolinum nicht schon längst auf dieses wahrheitsfördernde Buch hingewiesen? 3. Warum verschweigt die genannte Vereinszeitung die tschechischen Knebelungsgesetze, die zwischen 1918 und 1938 verhinderten, dass die Sudetendeutschen wenigstens auf kommunaler Ebene selbstbestimmt leben konnten? (Lektüreempfehlung dazu: Schreitter-Schwarzenfeld, Die Finanzwirtschaft der sudetendeutschen Gemeinden…).

♦ 2. August: Der Botschafter ist „verschnupft"

Nach Zeitungsberichten verzichtete der tschechische Botschafter bei der Feier in Würzburg (15.7.) aus Ärger über Merkels Rüge an der Vertreibung auf sein Grußwort. Das nahm Hans Slezak zum Anlass, den Botschafter brieflich an die Unrechtstaten Tschechiens zu erinnern und sich zu freuen, damit in „bester Gesellschaft" zu sein. Darauf antwortete der Botschafter am 2.8. verärgert, Slezak habe das Recht zu einer eigenen Meinung, solange sie sich an deutsche Gesetze halte und die guten Sitten beachte. Slezak antwortete am 4. August 2018, dass er sich nicht nur an deutsche Gesetze halte, sondern auch an das Völker- und Europarecht, die Vertreibungen verurteilten. Nicht er verstoße gegen die guten Sitten, sondern die CR, die immer noch Straffreistellungsgesetze und Vertreibungsdekrete aufrechterhalte. *(Weiteres wegen Redaktionsschlusses auf Witiko-Intern!)*

Umdenken in der Kulturpolitik?

In den europäischen Museen lagern rund 95 Prozent der Kulturgüter Afrikas. Ähnlich gut sind dort andere überseeische Regionen vertreten (Spiegel, 14.7.18, S. 102). Wollen beispielsweise junge Senegalesen die Kultur ihres Volkes kennenlernen, müssen sie nach London, Paris, Berlin oder in andere „westliche“ Städte reisen.

Die „Trennung“ der Kulturträger von ihrem Kulturgut ist nichts Neues. Das praktizierten schon die Römer bei der Überführung griechischer Statuen nach Italien. Neu ist allenfalls die feinfühlige Wortwahl für diese Vorgänge. Was oft schlichter „Raub“ war, wird heute sprachkosmetisch mit „Verlagerung von Kulturgütern“ umschrieben. Davon lassen sich die jetzt emanzipierten Kolonialvölker aber nicht mehr beeindrucken, sondern sinnen auf *„Rückeroberung ihres kulturellen Gedächtnisses“* (a.a.O.). Ägypten verlangt von Berlin die Rückführung der Nofretete und Benin wünscht von Paris die Rückgabe der Skulpturen aus seinem Königspalast usf.

Frankreich ist zu Restitutionen bereit und Emmanuel Macron will bis 2022 die politischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dieser Trend dürfte sich weltweit fortsetzen.

Und die Sudetendeutschen?

Auch die Sudetendeutschen wurden 1946 von ihrem Kulturgut getrennt. Aber anders als in Afrika wurden nicht die Gegenstände „verlagert“, sondern die kulturtragenden Menschen selbst. Wie stellen sich die Provenienzforscher und Juristen hier die Wiederherstellung *„des kulturellen Gedächtnisses“* vor? Werden die Sudetendeutschen wieder „durch das Raster fallen“? Möglich schon, denn zu deren Kulturgut gehören ja nicht nur Museen, Denkmäler und Bibliotheken, sondern auch die ganze Architektur ihrer Wohnstätten mit prachtvollen Kirchen, Schlössern, Theatern, Schulen, Industrien, ja es gehören ganze Weltbäder dazu, die man nicht einfach nachreichen kann.

So erweist sich die Vertreibung immer wieder aufs Neue als absolutes Desaster für die Betroffenen. Ihre Nachfahren werden weiter gezwungen sein, anstrengende Reisen auf sich zu nehmen, um ihre Wurzeln kennenzulernen und um zu ihrer Identität zu finden.

Doch dabei gibt es weitere Fallstricke. Diese haben mit der Vorliebe der Tschechen zu tun, die Kulturleistungen der Deutschen als ihre eigenen zu „vereinnahmen“. Dabei geht es nicht nur um die Olmützer Quargln und den Becherbitter, deren Marken man den deutschen Inhabern noch nach der Vertreibung weggenommen hat, es geht vielmehr um die Gesamtheit ihrer Leistungen und macht noch nicht einmal Halt vor einem Nobelpreisträger (Prof. Grünberg), den man 1946 vertrieben hat und dessen Vater in einem tschechischen Kerker elend umkam. Nach ihm wollte man in Pilsen sogar eine Straße benennen. Ziemlich krass hat das ein tschechischer Internetnutzer gegeißelt und dabei noch die Undankbarkeit seiner Landsleute betont (sh.WBr. 18,2, S, 23 oder www.aktuelne. cz).

Wie es gelingen kann

Konrad Badenheuer hat 2012 eine Regel für erfolgreiche Restitutionen aufgestellt. Sie setzt voraus, dass die geschädigte Gemeinschaft nicht „verschwindet“, wobei es nicht nur um das physische Verschwinden geht, sondern auch um die „geistige Selbstauslöschung“. Diese sei erreicht, wenn keine Forderungen mehr vertreten werden. Wir müssen daher auch in diesem Sinne präsent bleiben und alles vermeiden, was wie eine ideelle Selbstaufgabe aussieht, Satzungsänderungen eingeschlossen! Die einstigen Kolonialvölker Afrikas sind dabei, der SL die Richtung zu weisen. *(F.V.)*

Tschechisches Gericht rehabilitiert ehemalige DDR-Flüchtlinge

Die Sperranlagen an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland waren für fluchtwillige DDR-Bürger kaum zu überwinden. Daher versuchten hunderte über die CSSR illegal nach Österreich oder Bayern zu gelangen. Leider waren die tschecho-slowakischen Grenzschützer auch dort recht aufmerksam und griffen immer wieder Fluchtwillige auf. Sie landeten zunächst in csl. Untersuchungshaft und wurden später an die DDR ausgeliefert. Dort wurden sie meist zu jahrelangen Haftstrafen wegen Republikflucht verurteilt.

Jetzt hat ein früherer DDR-Bewohner vor dem Bezirksgericht Budweis gegen die Verhaftung und die Auslieferung geklagt. Das Bezirksgericht Budweis folgte dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und stellte fest, dass die Bestrafung der Menschen damals nicht im Einklang standen mit den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates. Auch sei der Vorfall nicht verjährt, was zuvor unklar war, denn der Fluchtversuch fand schon am 6. Oktober 1976 statt.

Der Anwalt der Klägers, Lubomir Müller, kündigte weitere Klagen an, teils in Eger, teils in Taus oder anderen grenznahen Städten. Die Haftentschädigung ist mit zwei Euro pro Tag gering, doch den Klägern geht es vor allem um Gerechtigkeit.

Wirkliche und erfundene Gedenkjahre:

2018 ist ein „Achterjahr“. Der Witikobrief greift vier Daten heraus und beleuchtet sie aus möglicherweise unpopulären Blickwinkeln:
♦ 1.) 100 Jahre CSR, ♦ 2.) 80 Jahre Münchner Abkommen, ♦ 3.) 150. Geburtstag Stefan Georges, ♦ 4.) Ende des Prager Frühlings 1968.
Aber so als wäre das noch nicht genug, hat die Bayern-SL für den 15. Juli 2018 noch nach Würzburg eingeladen, um das 70. Integrations-Jubiläum zu feiern. Eine etwas satirische Bewertung dessen lesen Sie bitte unter Nr. ♦ 5 !

Gedenkjahr I:
100 Jahre Tschechoslowakei – hier: der Umgang mit den Slowaken

Vor 100 Jahren, am 28.Oktober 2018, wurde die Tschechoslowakei gegründet. Das ganze Land steht schon jetzt im Zeichen dieses Jubiläums. Das ist aber nur die Fassade. In Wirklichkeit hat man Angst, der ganzen Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Man hat drei Millionen Sudetendeutsche ins Unglück gestürzt, eine Diktatur mit einer Gulag-Dichte wie in der SU errichtet und Legionen Unschuldiger vernichtet, angefangen bei den 54 Toten des 4. März 1919. Neben den Sudetendeutschen blicken auch die Slowaken mit gemischten Gefühlen auf das Jubiläumsjahr. 1992 hatten auch sie genug und trennten sich von den Tschechen. Einige Gründe dafür können im Folgenden nachgelesen werden:

Die Ausgangslage

Vor 1918 verfügten die Tschechen in Österreich über große, die Slowaken in Ungarn nur über geringe Bewegungsfreiheiten. Das veranlasste viele Slowaken zur Auswanderung vor allem in die USA, wo sie vitale Gemeinschaften bildeten. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges erkannten sie sofort die Möglichkeit, von Ungarn unabhängig zu werden und versandten an alle maßgeblichen Völker in der Welt ein diesbezügliches Memorandum. Die Tschechen rührten sich erst 1915, weshalb Masaryks Behauptung, er habe die Slowaken in der Welt erst bekannt gemacht, falsch ist (Zarnow,105).

Am 22. Oktober 1915 versammelten sich in Cleveland (Ohio) auf Wunsch der Tschechen Vertreter beider Volksgruppen und unterzeichneten den „Clevelander Vertrag“. Die Slowaken beschlossen aber schon im Februar 1916, direkte Kontakte zu London, Paris und Petersburg aufzunehmen, da sie sich von den Tschechen nicht als gleichwertige Partner behandelt fühlten. Mit der Reise in diese Städte wurde der junge Anwalt Dr. Stefan Osusky (später Botschafter) beauftragt. Seine erste Station war London, wo ihn Masaryk überredete, von der Ausführung seines Auftrages abzusehen und sein Sekretär zu werden. Sein Gehalt bezog Osusky aber weiter von den Slowaken, die diese Wendung nicht gleich durchschauten. Ihr Guthaben hatten sie unter großen Opfern angespart. So war es üblich, Fastentage einzulegen und das dabei ersparte Geld der slowakischen Kasse zuzuführen. Unbeeindruckt davon erwirkten die Tschechen bald darauf sogar eine gerichtliche Sperre dieses Kontos, weil das Geld laut Cleveland-Vertrag nur für „tschechoslowakische Vorhaben“ verwendet werden dürfe (Zarnow, 111).

Stefan Osusky, später angesehener Botschafter in Paris

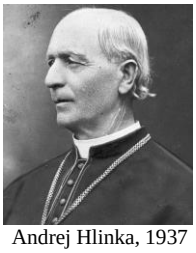
Umstrittene Resolutionen

Die Slowakische Liga in Amerika trat in dieser Zeit für eine politische und kulturelle Befreiung der Slowaken im Rahmen des ungarischen Staates ein. Benesch aber bat am 12. Juli 1917 Dr. Schamal, einen Vertreter der „Maffia“ in Prag, brieflich, *„die Slowaken mit uns zu vereinigen, damit wir stärker gegen die Deutschen werden“.* Es dauerte bis zum 1.Mai 1918, bis Dr. Schrobar, ein Vertreter der Maffia in Ungarn, eine Kundgebung in Liptau, St. Nikolaus, organisierte. An dieser nahmen auffallend wenige Personen teil, meist 14-15-jährige Buben und Mädchen der benachbarten Dörfer. Die bei der Kundgebung beschlossene Resolution war politisch unverfänglich und wurde von den aufsichtführenden ungarischen Beamten nicht beanstandet. Hinter deren Rücken hatte aber die Maffiotin Houdek schon am Tage zuvor eine zweite Version ins Ausland geschmuggelt und der Presse übergeben. In ihr war vom *„Willen des slowakischen Volkes, von den Ungarn befreit und mit den Tschechen vereint zu werden“,* die Rede. Beigefügt war ein Bericht vom angeblich glänzenden Verlauf der Versammlung.

Als Masaryk am 5. Mai 1918 aus Russland kommend in Chikago eintraf, fand er dieses „Dokument“ vor und konnte damit den letzten Widerstand der Alliierten gegen die Schaffung eines tschecho-slowakischen Staates beseitigen. Nun musste er nur noch die Slowaken in den USA auf seine Seite ziehen. Das gelang ihm in Pittsburg.
Masaryk wurde dort am 30. Mai 1918 nicht nur von rd. 1000 Slowaken begrüßt, sondern auch von einer Reihe bedeutender amerikanischer Bürger. Den Slowaken versprach er völlige Selbständigkeit im neuen Staat, was auch im tags darauf unterzeichneten Vertrag festgehalten wurde. Später behauptete er, die Liptauer Erklärung vom 1. Mai 1918 (siehe oben!) hätte den Pittsburger Vertrag wertlos gemacht, so als hätte er am 30.Mai diese (ohnehin manipulierte) Resolution nicht schon längst gekannt. Masaryk benutzte den Pittburger Vertrag vor allem dazu, um bei seinem für den 16. Juni 1918 geplanten Gespräch mit Präsident Wilson als alleiniger Vertreter der Tschechen und Slowaken zu erscheinen und letztere von allen Verhandlungen auszuschließen.
Eine Gefahr für den Tschechoslowakismus drohte schließlich noch am 30. Oktober 1918, also zwei Tage nach der Staatsgründung. Der k.u.k. Außenminister Graf Julius Andrassy hatte die Slowakei am 27.Oktober in die nationale Selbständigkeit entlassen. Daraufhin lud der Vorsitzende der „Slowakischen Volkspartei“, Mate Dula, etwa 60 bis 70 Personen aus seinem Umfeld für den 30. Oktober nach Turcan, St. Martin, ein. Sie verabschiedeten mit Stimmenmehrheit eine Resolution, die das Selbstbestimmungsrecht der Slowaken, deren Beteiligung an der Friedenskonferenz und eine Probezeit von zehn Jahren für den gemeinsamen Staat verlangte. Als sich der Text am Abend in der Druckerei befand, drangen tschechenfreundliche Kräfte, angeführt von Dr. Hozda, dort ein und zwangen den Drucker, den ursprünglichen Wortlaut abzuändern. Dabei verwandelte sich das Selbstbestimmungsrecht der „slowakischen“ in das der „tschechoslowakischen“ Nation und aus der Stimmenmehrheit wurde ein „einstimmiger Beschluss“ (Zarnow, 183).
Masaryk und Benesch bewerteten dieses „Dokument“ als nachträgliche Zustimmung des slowakischen Volkes zu dem in Prag ausgerufenen Einheitsstaat und als slowakischen Verzicht auf eine Volks-abstimmung. Letztere fürchteten die Tschechen besonders, weil damit ohne Zweifel alle ihre Machtträume beendet gewesen wären.

Widerstand durch Pater Hlinka

Gegen die Machtpolitik Prags waren die Proteste der amerikanischen Slowaken wirkungslos. Selbst als sie 1919 in Paris erschienen, eröffnete ihnen die tschechische Delegation, dass der Pittsburger Vertrag bedeutungslos sei. Die tschechischen Legionäre hatten im Februar 1919 begonnen, die Slowakei zu besetzen, und die Verwaltung war in tschechische Hände übergegangen. Man scheute sich nicht, Eingriffe in Schule und Kirche vorzunehmen und dem mehrheitlich katholischen Volk den Hus-Kult aufzuzwingen, Zur Absicherung dieser Maßnahmen wurde die Presse zensiert. Die Slowakei war zu einer tschechischen Kolonie geworden.


Andrej Hlinka, 1937

Damit konnte sich Pater Andreas Hlinka nicht abfinden. Er war Vorsitzender der 1913 gegründeten Slowakischen Volkspartei und hatte als Verfechter des slowakischen Standpunktes schon unter ungarischer Herrschaft 33 Monate Haft verbüßt. Jetzt schlug er sich trotz verhängter Reisebeschränkung (via Polen) nach Paris durch, um die Welt auf das Unrecht an den Slowaken aufmerksam zu machen. Dr. Benesch erreichte bei der französischen Polizei aber sofort die Verhaftung und Abschiebung des lästigen Mahners. Die Slowaken wurden wie die Sudetendeutschen auf der Friedenskonferenz **nicht** gehört (Zarnow, 201). Vier Tage nach Rückkehr in seine Heimatgemeinde Rosenberg wurde Andreas Hlinka in der Nacht zum 13. Oktober 1919 verhaftet. Dabei drangen seine Häscher nachts in das Pfarrhaus ein und überraschten ihn im Schlaf. Am selben Tag löste Minister Dr. Schrobar die Slowakische Volkspartei auf und verbot das Erscheinen der Parteizeitung ,,Slovak". Hlinka sollte durch die Haft gehindert werden, am 29.2.1920 an der Sitzung der ,,Revolutionären Nationalversammlung" in Prag teilzunehmen und die einstimmige Annahme der neuen tschechoslowakischen Verfassung zu stören. Auch sonst war man bemüht, das Bild von der Einheitsnation zu wahren. So wies man den Slowaken von den 270 Sitzen der ,,Revolutionären Nationalversammlung" nicht 70, wie es ihrer Bevölkerungszahl entsprochen hätte, zu, sondern nur 54. Aber auch von diesen hatten die Tschechen vierzehn für sich selbst gesichert (einen davon für Masaryks Tochter Alice). Die Aufteilung der restlichen vierzig Sitze benachteiligte das eigentliche slowakische Volk weiter, denn obwohl es zu 80 Prozent katholisch war,

gingen 30 Sitze an Protestanten und nur 10 an Katholiken. Deutsche, Polen, Ungarn und Ruthenen waren zum Revolutionsparlament überhaupt nicht zugelassen worden (Kalvoda, 432).
Die Gefängnistore öffneten sich für Pater Hlinka erst wieder am 18. April 1920. Anklage gegen ihn wurde nicht erhoben (Zarnow, 208). Hlinkas Freilassung war unumgänglich geworden, weil am 18. April Wahltag für das neue Prager Parlament war und Hlinka trotz Einkerkerung ein Mandat errungen hatte.
Im Parlament führte er mit seiner Slowakischen Volkspartei den Kampf um die Selbständigkeit fort. 1922 wandte man sich auch an den Völkerbund, was bei den Tschechen größte Entrüstung hervorrief. 1925 stellte sich die Volkspartei gegen verschiedene Gesetze, die die privilegierte Stellung der katholischen Kirche schwächen sollten. Die Slowaken honorierten dies bei der Wahl im November des gleichen Jahres und bescherten der Volkspartei einen großen Sieg. Mit gestärktem Selbstbewusstsein brachte der slowakische Senator Kovalik am 10. Dezember 1925 die Tschechen mit dem Hussitentum in Verbindung, was zu Tumulten und Tätlichkeiten im Parlament führte, Wirbel gab es auch im Oktober 1933 bei der Beratung für ein neues Parteiengesetz. Weil ihre Wortmeldungen unterdrückt worden waren, verließen die Slowaken unter Absingen ihrer Hymne protestierend den Saal. Zeitlich fiel dieses Ereignis mit der großen Wallfahrt in Neutra zur 1100-Jahrfeier der slowakischen Kirche zusammen, die zum Ärger der Tschechen unter Hlinkas Leitung zu einer machtvollen Kundgebung der Slowaken für ihre Selbständigkeit geriet (Dorfbote, 29.10.1933).

Kein Erbarmen mit Prof. Tuka

Ein besonders hartes Los traf Prof. Voitech Tuka. Er erkühnte sich, 1928 an die in Turkan, St. Martin, beschlossene Probezeit von zehn Jahren zu erinnern. Gnadenlos wurde er für 15 Jahre in den Kerker geschickt. Erst 1937 wurde er unter Auflagen begnadigt und lebte bis 1939 in Pilsen. Danach konnte er unter Tiso wieder eine politische Rolle spielen. 1946 haben ihn die Tschechen jedoch als Tiso-Anhänger hingerichtet. Aus dem Jahre 1937 stammt eine Meldung, der zufolge er die CSR für den *„korruptesten Staat Europas“* und sogar als dessen *„moralische Kloake“* hielt (Dorfbote, 12.12.1937).

Die Slowaken erreichen ihr Ziel

Die Slowaken haben ihr nationales Ziel durch Beharrlichkeit dennoch erreicht. Vorstufen zur Unabhängigkeit waren 1938, 1939 und 1968. Endgültig trennte sich die Slowakei vom Tschechenstaat am 31.12.1992. Die Geschichte hat die Unwahrhaftigkeit des Kunstgebildes Tschecho-Slowakei entlarvt. Freilich konnten die Tschechen der Staatsteilung im Jahre 1992 relativ unbesorgt zustimmen, denn seit 1946 gab es im Lande keine Deutschen mehr, die man mit Hilfe der Slowaken niederhalten musste. Zur Ehre der Slowaken kann man aber sagen, dass sie sich in die für die Deutschen so fatale Rolle nicht gedrängt haben, sondern eher selbst zu den Betrogenen gehörten. *(F.V.)*

Quellen:

Der Dorfbote, Wochenzeitung für das Landvolk, Budweis, (Auflage 40.000);
Kalvoda, Josef, The Genesis of Czechoslovakia, 1968; Zarnow, Gottfried, Masaryk-Bensch, Berlin 1939

Gedenkjahr II:

Tschechische Legende um das Münchner Abkommen

Vor achtzig Jahren kam es zum Münchner Abkommen. Auch der Witikobund möchte daran erinnern, doch so, dass ein weiterer Mythos korrigiert wird. Entlastet werden Frankreich und England, die nicht treulos handelten, als sie 1938 von den Tschechen die Abtretung des Sudetenlandes verlangten, denn man darf die Rolle des Kommunismus in dieser Zeit nicht ausblenden.

Die Staatsraison der CSR

Die Staatsraison der CSR war nicht, den Tschechen ein nationales Leben zu ermöglichen. Vielmehr waren sie nach dem Willen der Mächte von Versailles als Bollwerk gegen den Bolschewismus ausersehen. Diesem Ziel opferten diese auch das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, denn denen war zugedacht, mit ihrer Wirtschaftskraft dem Bollwerk die nötige Stabilität zu verleihen. Die Tschechen surften auf dieser Welle mit, denn am 4.März 1919 denunzierten sie die damals abgehaltene Demonstration der Sudetendeutschen als kommunistische Rebellion, die niedergeschlagen werden musste (sh. auch Kasten nächste Seite!).

In Wahrheit tummelte sich das kommunistische Virus bereits längst in den Köpfen der Tschechen. Ihre kommunistische Partei hatten sie am 27. Mai 1918 in Moskau gegründet. Sie konnte sich in der CSR gut entwickeln. Vor allem aber zeigte Benesch eine immer größere Affinität zur Sowjetunion. Das gipfelte 1935 in einem Bündnisvertrag mit bedeutenden militärischen Auswirkungen und massiven Folgen für das tschechische Kulturleben, etwa durch die Überschwemmung des Landes mit sowjetischen Filmen. Das Ausmaß dieser Beeinflussung zeigt das 1938 erschienene Büchlein von Karl Vietz, *„Verrat an Europa“*.

Wie falsch die Unterstellung kommunistischer Ziele am 4. März 1919 war, zeigte sich im Oktober 1920, als **Josef Seliger**, der Organisator dieser Demonstration, beim Sozialistenkongress in Karlsbad als entscheidender Debattenredner das Abgleiten in den Kommunismus verhinderte. Schon vier Wochen vorher hatte ihn Masaryk zu einer geheimen Beratung in Hlubosch (bei Pribram) geladen, die sich mit den Gefahren des Kommunismus befasste.

In den westlichen Hauptstädten schrillten die Alarmglocken, denn nach Spanien drohte mit der CSR ein weiteres europäisches Land in kommunistisches Fahrwasser abzugleiten. Aus dem Abwehrblock CSR war ein veritabler Vorposten des Bolschewismus geworden. So kostete es Frankreich und Englands keine große Überwindung, am 21.9.1938 von Prag ultimativ die Abtretung des Sudetenlandes zu verlangen. Diesem Vertrag trat Deutschland am 29. September 1938 in München bei und erweiterte ihn um die Übergabemodalitäten. Das ganze Geschehen beruhte auf den Verträgen von Versailles und St. Germain, die je eine Revisionsklausel (Teil I, § 19) enthielten, wonach jeweils nach zehn Jahren zu prüfen war, ob ihre Bestimmungen den Frieden gefährdeten.

Der Betrug an den Sudetendeutschen

Wie oben angeführt, wurden die Sudetendeutschen von den Siegermächten des 1. Weltkrieges der Tschechei zugeschlagen, um mit ihrer Wirtschaftskraft dem Bollwerk gegen den Bolschewismus Stabilität zu verleihen. Die Sudetendeutschen haben nicht nur den ihnen zugedachten wirtschaftlichen Part wahrgenommen, sondern auch politisch-ideologisch in diesem Sinne gewirkt. Selbst Konrad Henlein wurde von manchen Tschechen nicht ungern als Verstärkung der antibolschewistischen Kräfte gesehen. Im Verbund mit den Sudetendeutschen hätte die CSR daher die ihr zugedachte Aufgabe leicht erfüllen können. Doch Benesch entschied sich anders. Er bekämpfte die Sudetendeutschen und hofierte die Kommunisten.

Das ergab eine Situation, vor der Winston Churchill bereits im März 1920 (!) gewarnt hatte. In einem vertraulichen Brief an Premierminister Lloyd George schlug er eine Revision des Versailler Vertrages vor, um Deutschland in die Lage zu versetzen, die antibolschewistische Front zu stärken. Das kam dann zwar 1933 bzw. 1938 auch ohne Churchill, allerdings auch etwas heftiger, als von diesem geplant (Jaksch, S. 231 f.**).**

Fazit:

Den Sudetendeutschen wurde 1919 auf dem Schachbrett der Europäischen Politik eine Rolle zugeteilt, zu der sie sich nicht gedrängt hatten, die sie aber erfüllten. Vom Kurs abgewichen sind die Tschechen. Das aber interessierte 1945 niemanden mehr. Auch nicht, dass die KPTsch auf Geheiß Stalins bis 1941 die Kriegshandlungen Hitlers bejubelte. Die tschechische Seite hat somit keinen Grund, sich 1938 ungerecht behandelt zu fühlen. Alles war selbstverschuldet. Die Sudetendeutschen aber hätten wahrlich etwas Besseres verdient als die Vertreibung! *(F.V.)*

Literatur zum Nachlesen:

Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam, 1958; Vietz, Karl, Verrat an Europa, 1938;
Willars, Christian, Die böhmische Zitadelle, 1965

Gedenkjahr III:

Stefan George und der Sudetendeutsche Heinz Rutha

Stefan George wurde am 12. Juli 1868 in Büdesheim, heute Stadtteil von Bingen am Rhein, geboren. Dort gibt es auch ein Stefan-George-Haus, doch die Feiern zum 150. Geburtstag des Dichters gestalteten sich etwas schwierig. Am dichterischen Rang Georges zweifelt zwar niemand, aber Zurückhaltung spürt man wegen des Jungmännerbundes mit dem sich George umgeben hatte. So weigerte sich auch der Bürgermeister von Bingen, zu einer Gedenkfeier einzuladen, ehe nicht Georges Stellung zur Homophilie „wissenschaftlich“ geklärt sei. Nicht mehr so stark ins Gewicht fällt hingegen

Georges Deutschlandkult mit der Idee eines „geheimen Deutschlands“, dessen Wahrer man sei. Da aus diesem Kreis auch der Hitler-Attentäter Graf Schenk von Stauffenberg hervorging, hielt Theodor Adorno den Kreis im Wesentlichen für „entsühnt“. Die letzten Worte von Stauffenbergs sollen gewesen sein: *„Es lebe das geheime Deutschland!“*
Sudetendeutsche sollten hier aufmerken, denn in ihrer Heimat (Böhmisch Leipa) hatte sich um Heinz Rutha auch ein Jungmännerbund geschart, über dessen „Entsühnung“ bis jetzt noch nicht nachgedacht wurde. Dieser Kreis eiferte dem George-Kreis bis in die Einzelheiten nach. Man las Platon, der das Verhältnis Schüler-Meister geistig überhöhte, man fühlte sich Deutschland verpflichtet und man gab wie George esoterische „Blätter“ heraus. Was fehlte, war ein Graf von Stauffenberg. Zum Feindbild Heydrichs gehörte der Rutha-Kreis dennoch, denn er hatte (wie die Henlein-Bewegung anfangs insgesamt) ein vom Nationalsozialismus abweichendes Deutschlandbild. Der wunde Punkt war, dass sich in Ruthas Schülerkreis auch ein Minderjähriger befand. Deswegen schritt auch die tschechische Polizei ein, die möglicherweise einen Tipp von der SS bekommen hatte. Im Gefängnis richtete sich Rutha selbst durch Erhängen. Der Henlein-Bewegung war der Vorfall äußerst peinlich, und sie versuchte, darüber schnell Gras wachsen zu lassen.
Die Zeiten haben sich aber geändert, die Maßstäbe sind nicht mehr so streng: Die Volljährigkeitsgrenze wurde herabgesetzt, Homophilie wurde legalisiert und in den Straßen Kölns feierten am 8.Juli 2018 eine Million Menschen den CSD (Christopher-Street-Day, Videotext 8.7.2018, ARD)!
Ruthas Schwester Gretel lebte nach der Vertreibung an der Mosel. Bis an ihr Lebensende glaubte sie an die Lauterkeit ihres Bruders. *(F.V.)*

Zum Nachlesen:
Witikobrief 2012, Folge 4, S.19 f.; Cornwall, Mark, The Devils Wall, 2012

Gedenkjahr IV:
Das Ende des Prager Frühlings

Am 21. August 1968, also vor 50 Jahren, drangen Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR ein. Damit war der „Prager Frühling“ beendet. Die Entscheidung zu dieser Aktion war schon im April gefallen. Sie trug den Decknamen „Dunaj“ (Donau) und wurde von Generaloberst Pawlowski, dem Stellvertreter des sowjetischen Marschalls Gretschko, von Polen aus befehligt. Die Invasion erfolgte aus zehn Richtungen durch drei Armeegruppierungen des sowjetischen Heeres unter Beteiligung von Einheiten Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR. Am ersten Tag waren im Einsatz 200.000 Soldaten, 5.000 Panzer, 250 Transportflugzeuge und 200 Jagdflieger. Ziel der Maßnahme war vor allem, sämtliche militärischen Einrichtungen der CSSR unter Kontrolle zu bringen und damit die Landesverteidigung unmöglich zu machen. Eine solche war von der Führung der tschechoslowakischen Armee ohnehin nicht vorgesehen, obwohl sie von den Vorbereitungen zur Invasion rechtzeitig wusste. Die Kräfteverhältnisse waren zu ungünstig.

Säuberung der Armee

Mit besonders bitteren Gefühlen denkt jetzt, 50 Jahre danach, eine große Zahl früherer Soldaten an diesen Wendepunkt der csl. Geschichte zurück. Es sind Soldaten, die es ablehnten, durch Unterschrift die neuen Verhältnisse anzuerkennen. Für ihre freiheitliche Gesinnung nahmen sie Degradierung oder gar Entlassung in Kauf. Die Entlassenen waren gebrandmarkt und hatten Mühe, eine gut bezahlte Arbeit zu bekommen. Genaue Fallzahlen gibt es nicht, aber der heute schon verstorbene Oberst Dr. Bejček hat solche privat ermittelt:
2.246 Soldaten wurden teilweise bzw. ganz degradiert. 921 Soldaten wurden von den militärischen, bzw. zivilen Gerichten verurteilt. 643 Soldaten wurden die Auszeichnungen aberkannt. 73 Soldaten wurden Opfer der Aktion "NORBERT", wobei sie in die Maßnahme N-2P eingeordnet waren, d.h. **des Landes verwiesen wurden (!).** 9.072 Soldaten der Reserve wurden definiert als "N", d.h. "politisch nicht zuverlässig". 24.243 Offiziere und Generäle, sowie 3.882 Fähnriche wurden aus der aktiven Reserve ausgeschlossen.

Neue Demütigung

Leider führte auch die sog. „sanfte Revolution“ zu keiner Rehabilitierung dieser Soldaten. Sie

Erlebten sogar, dass 1989/90 beim Umbau der Armee zu einer demokratischen Truppe ihre kommunistischen Kollegen großzügig abgefunden wurden, während sie wieder leer ausgingen. Sie fristen ihr Leben bei geringen Renten, während die linientreuen Ex-Generalstäbler noch eine Abfindung von 450.000 Kronen erhielten. Für die 1968 zurückgesetzten Soldaten hat sich das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie materiell nicht gelohnt. Dafür gingen sie mit reinem Gewissen aus den Wirren des letzten Jahrhunderts hervor. Rund 1.500 von ihnen haben sich im "Soldatenverein der Rehabilitierten des Tschechischen Heeres" (Vojenský spolek rehabilitovaných Armády České republiky) zusammengeschlossen und kämpfen für eine gerechte Behandlung. Ihre Chancen sind nach der jüngsten Aufwertung der Kommunsten in Böhmen allerdings weiter gesunken. Ob sie besonders stolz sein können auf ihren vor 100 Jahren aus der Taufe gehobenen Staat? (nach: *Ing. Zbyněk Čeřovský, OLtn. a.D.*).

Und hier noch die Nr. 5: Ein erfundenes Gedenkjahr

Wenn man „Wind machen“ will, sucht man sich einen passenden Gedenktag. Neu ist, dass man einen solchen auch erfinden kann. So geschehen am 15. Juli in 2018 Würzburg. Dort feierte die Bayern-SL ziemlich überraschend „Siebzig Jahre Integration der Sudetendeutschen“. Siebzig Jahre? Hat sich da jemand verrechnet? Die Vertreibung fand doch schon vor 72 Jahren statt. Ja schon, das lag aber nur an der Unaufmerksamkeit der Tschechen, die übersehen haben, dass die Wahl zum 18. Bayrischen Landtag erst 2018 stattfindet und der Bedarf an Wahlplattformen in Unterfranken somit erst zwei Jahre später ansteigen wird. Hätten sie daran gedacht, wäre die Verschiebung des „Abschubs“ um zwei Jahre kein Problem gewesen. Aber alles halb so schlimm. Die SL ist flexibel und hat den Fehler selbst korrigiert. Passt doch jetzt, wir feiern siebzig Jahre Integration und der aufstrebende CSU-Nachwuchs kann sich dem Wahlvolk vorstellen. Sogar Wahlhelfer waren vor Ort, einer sogar aus Berlin. Dieser war aber so zurückhaltend, dass er, anders als es in der Zeitung stand, kein Grußwort geplant hatte und deshalb auch nicht darauf verzichten konnte. *(F.V.)*

Was ist das Schönste an der Politik?
Antwort von Charles de Gaulle: „Nein zu sagen!“ (Dire non).

In den Fußstapfen Egon Bahrs

Es wird Zeit, sich einmal bewusst zu machen, auf wessen Spuren sich die SL seit einiger Zeit bewegt.

Annexionen sind rechtswidrig. Daher haben die Alliierten einst auch gegen die Landnahmen Hitlers heftig protestiert. Folglich können auch nach dem Krieg Annexionen deutschen Bodens und dessen ethnische Säuberung nicht rechtens sein.
Darin waren sich in Westdeutschland zunächst auch alle Politiker einig und bekundeten das vor den jeweiligen Vertriebenentreffen immer sehr lautstark. So erklärten Brandt, Wehner, Ollenhauer (alle SPD) noch 1963 vor dem Schlesiertreffen: *„Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten?“.*
Bei Willy Brandt war das aber schon sehr doppelbödig, denn er hatte am 6. Dezember 1961 im Deutschen Bundestag erklärt: *„Die bisherige Deutschlandpolitik ist gescheitert“*. Damit steht er am Anfang der Versagenskette, denn er wollte „Realitäten“ gegen „Rechtsansprüche“ ausspielen.
Brandt knüpfte Kontakte zu Pjotr A. Abrassimow, dem sowjetischen Botschafter in der DDR, und rechnete damit, dass die „Umerziehung“ (reeducation) in Deutschland Früchte getragen hatte. Und wirklich, die meisten Deutschen wollten büßen, wobei sie sich allerdings durchaus kostenbewusst verhielten, denn bezahlen sollten die „Flüchtlinge“. Dr. Walter Becher legte den Finger in die Wunde, als er von Helmut Schmidt forderte, den Polen statt Breslau auch einmal Hamburg als

Dr.Becher sprach immer Klartext

Beute anzubieten. Aus etwas anderen Gründen unterstützten die „Linken“ diese Politik, denn sie hofften insgeheim ja noch auf die Weltrevolution, und da wäre es schade gewesen, wenn das „endlich“ kommunistisch gewordene Ostdeutschland wieder in die Hände der antikommunistischen Vertriebenen gekommen wäre. So dachte auch der hessischen Umweltminister Joschka Fischer, als er noch im Mai 1986 DDR-Flüchtlinge in ihre mitteldeutsche Heimat zurückzuschicken wollte, um Honeckers Kommunismus nicht ausbluten zu lassen (FAZ, 31.5.1986).
Aber zurück zu den „Sechzigern“! Damals, am 15. Oktober 1965, erregte auch die Evangelische Kirche mit einer Denkschrift großes Aufsehen. Wortakrobatisch sprach sie nicht mehr von **„Verzicht“,** sondern viel vornehmer von einem deutschen **„Beitrag zur Friedensregelung“**. Auf einmal ging es nicht mehr um Rechtsstandpunkte, sondern um menschlich-politische Ewigkeitswerte und moralische Notwendigkeiten. Wer auf sein Heimatrecht pochte, verfiel der moralischen Stigmatisierung, so als wäre Heimatliebe ein Verbrechen. Das war die Art, wie man die Vertriebenen zu einer wehrlosen Randgruppe zusammengestaucht hat. Tatkräftig mitgewirkt haben daran große Teile der bundesdeutschen Schickeria in den Medien und auf den Kabarettbühnen. So „förderten“ dieser Kräfte die Integration der Vertriebenen!
Dieser „ventus popularis“ (Fortschrittsgeist, Cicero) brachte Willy Brandt am 1. Dezember 1966 in das Amt des Außenministers und Egon Bahr auf den Chefposten der Planungsstelle dieses Ministeriums. Wie in einem System kommunizierender Röhren reagierten darauf die kommunistischen Parteien Europas. Vierundzwanzig von ihnen trafen sich vom 24.-27. April 1967 in Karlsbad zu einer Konferenz und forderten u.a.

- **von der realen Lage auszugehen,**
- **die Oder-Neiße-Grenze zu respektieren,**
- **auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland zu verzichten,**
- **das Münchner Abkommen ex tunc für ungültig zu erklären und**
- **das Verbot der kommunistischen Partei in Westdeutschland aufzuheben.**

Vermittlung aus Italien

Als „Transmissionsriemen“ zur SPD boten sich die Herren Galluzi und Serge von der KPI (Kommunistische Partei Italiens) an. Sie verhandelten in Bonn, Rom und München mit Egon Franke. Nachdem dieser für die SPD die Bedingungen der Karlsbader Konferenz angenommen hatte, wurde aus dem Dialog ein Dreiergespräch, denn es kam eine SED-Gruppe aus Ostberlin unter Führung von Paul Verner hinzu. Treffpunkt war Rom. Diese Vorgänge wurden bekannt durch genaueste Darstellungen in den italienischen Zeitungen „Vie Nouve (25.11.1970) und L`Unita (21.12.1970).
Mit der deutschen Regierungsebene kamen diese Geheimgespräche erstmals in Berührung, als der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Egon Bahr, im März 1968 miteinbezogen wurde. Alles geschah hinter dem Rücken der Regierung (Kiesinger) und der Vertriebenen. Ort des Geschehens war der Bayrische Hof zu München, und neben Bahr waren Leo Bauer und wieder Egon Franke zugegen sowie die schon erwähnten Herren von der KPI.
Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt. Schon am 19. März 1970 und am 21. Mai 1970 traf er mit Stoph zusammen. Dabei konnte er an die vertraulichen Vorgespräche anknüpfen. Auch Egon Bahr musste bei den Verhandlungen mit Gromyko nicht bei null anfangen. Das erklärt auch das Tempo bei der Vorlage und Verabschiedung der neuen Ostverträge. Diese waren aber eine kaum verhüllte Kopie der Karlsbader Leitlinien von 1967.
Der Öffentlichkeit verbarg man das mit großem dialektischen Aufwand. Willy Brandt drückte das in gehobener Rede so aus: *„Um den status quo politisch in Bewegung zu bringen, mussten wir uns den territorialen status quo zu Eigen machen.“* Manche gerierten sich als Realpolitiker, die angeblich nur Realitäten anerkennen wollten, dabei aber in Wahrheit **Realitäten schufen!**

Spott der CDU

Bis etwa 1973 folgte die CDU teilweise noch dem Recht. 1982 aber begab sie sich in die Koalition mit der FDP und folgte deren Ostpolitik. Einige taten dies aus Überzeugung. So machte sich Heiner Geisler, der CDU-Generalsekretär, lustig über die Bindungskraft der Ostverträge. Diese Frage sei in etwa so relevant wie die Frage nach der Zahl der Engel, die auf einer Nadelspitze Platz hätten, eine Frage, vor der schon Thomas von Aquin gescheitert sei. Im Sinne Geislers äußerten sich auch Volker

Rühe und Ronald Pofalla. Die SPD sammelte diese Stellungnahmen und leitete sie genüsslich der Vertriebenenpresse zu!
Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde alles vom Ziel „Europa“ überstrahlt. Dafür opferte Helmut Kohl 1997 auch die Sudetendeutschen, als er in den sog. Freundschaftsvertrag mit den Tschechen hineinschreiben ließ, die Fragen der Vergangenheit sollten künftig keine Rolle mehr spielen. Unvergessen bleibt aus dieser Zeit die erniedrigende Behandlung der sudetendeutschen Delegation in Bonn durch Außenminister Kinkel. Als dann 2004 die Aufnahme Tschechiens in die EU anstand, waren es nur wenige CSU-Abgeordnete, die sich dagegen aussprachen. Die meisten Entscheidungsträger schwadronierten davon, dass die Vertreiber ernsthafte Verhandlungen nicht mehr ablehnen könnten, wenn sie erst in der EU seien. Das waren leere Versprechungen, denn seither hat niemand die Probe aufs Exempel gemacht, vielmehr hofft jeder auf die biologische Lösung. Selbst der EU-Abgeordnete Posselt hat in zwanzig Jahren Brüssel keinen Finger für seine Landsleute gerührt. Im Gegenteil, er hintertrieb die Pläne Dr. Lacotas für eine durchsetzungsstarke Vertriebeneninitiative auf europäischer Ebene. Heute, 2018, hat sich MP Seehofer, assistiert von Bernd Posselt, den „territorialen status quo“ „zu eigen“ gemacht. Seehofers Motiv ist die Wirtschaft, Posselts Ziel ist, wie bei Kohl, Europa.

Dr. Lacota, EUFV

Mag sein, dass Posselt bei seiner Versöhnungspolitik auch auf einen „Wandel durch Annäherung“ hofft. Das aber ist, wie schon bei Willy Brandt, ein sentimentales und kindisches Konzept. Der Eiserne Vorhang fiel 1989 nicht wegen irgendwelcher romantischer Träume Gorbatschows, sondern alleine aus wirtschaftlichen Gründen. So gaben die Tschechen auch jetzt schon zu erkennen, dass sie das Spiel *„Wiedergewinnung der Heimat durch Umarmung“* nicht mitmachen werden. Diese Taktik ist im Grunde auch für die jeweils „umarmte“ Partei erniedrigend, denn es fehlen ja nur noch die Glasperlen, mit denen frühere Kolonialherren in Afrika bei den Eingeborenen auf Dummenfang gingen.

Bleiben wir daher beim Recht! Dessen Beachtung ist die Garantie für ein friedliches Europa. Wie kann das aber gelingen, wenn die vielfältigsten Verstöße gegen Verträge. Rechte und Gesetze quasi zum System gehören. Hören wir endlich auf, uns in die Taschen zu lügen! *(F.V.)*

„Die Vertriebenen und vor allem ihre Sprecher dürfen sich nicht zum verlängerten Arm einer Partei degradieren lassen“ (Hartmut Koschyk, 1988)

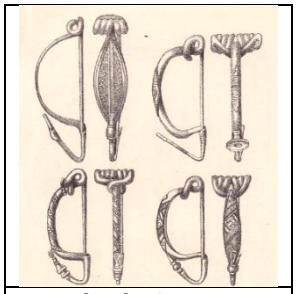
Wieder einmal „kreative“ Geschichtsforschung:

Böhmische Dörfer

Wird eine weitere Geschichtsfälschung vorbereitet?

Fast jeder kennt den Begriff „Böhmische Dörfer“, den man verwendet, wenn einem etwas unbekannt ist. Diese Redewendung kam im I. Dreißigjährigen Krieg auf, als deutsche Landsknechte auf böhmischem Boden mit Ortsnamen konfrontiert wurden, die sie weder verstanden noch aussprechen konnten. Ich möchte das nicht weiter vertiefen und komme zum Kern der Sache, denn aus dem Lande der „böhmischen Dörfer“ gilt es Seltsames zu vermelden.
Das LandesECHO, eine Zeitschrift der Deutschen in der derzeitigen Tschechei, berichtete am 28. Mai 2018, dass das Prager Archäologische Institut im Rahmen des Programms „Strategie AV21“ der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik zu überraschenden Ergebnissen bei der Forschung zur Periode um die Zeitenwende gekommen ist.
Nein, es war nicht die vergebliche Suche nach dem legendären Ur- oder Stammvater der Tschechen, sondern man beschäftigte sich unter der Federführung des leitenden wissenschaftlichen Mitarbeiters des Archäologischen Instituts mit der vermeintlich brennenden Frage, ob es im böhmischen Raum überhaupt jemals Bojer gegeben habe.
Bevor es einem die Sprache verschlägt bei der sog. Beweisführung, sei vorausgeschickt, dass einmal besiedelte Landstriche immer besiedelt bleiben, es sei denn, sie wurden durch Naturkatastrophen entvölkert. So entstand auch der Name Böhmen für einen Siedlungsraum, der ehedem vom keltischen

Volksstamm der Bojer besiedelt war und nachfolgend von den Markomannen eingenommen wurde. Diese Siedlungsepoche der Bojer wird in der Prähistorie als die Latènezeit bezeichnet und fand ihre Ausdehnung von der Ilé de France bis zur Oder und March und vom Nordfuße der Alpen bis zur Südgrenze des Norddeutschen Tieflandes. Die latènezeitlichen Funde aus Böhmen und Mähren sind dieselben, wie wir sie aus Süddeutschland kennen.
Zweimal spricht Tacitus in seiner Germania von den Verhältnissen in Böhmen. *„Zwischen dem Hercynischen Wald, dem Rhein und dem Main wohnten die Helvetier, weiter entfernt die Bojer, beides gallische Stämme. Noch lebt der Name Boihämum fort und bekundet die alte Geschichte der Landschaft trotz des Wechsels der Bewohner.“* (cap.28,2). Und weiter schreibt er: *„Hochbedeutend sind an Ruhm und Macht die Markomannen und ihren Wohnsitz selbst, aus dem sie vormals die Bojer verjagt, verdanken sie ihrer Tapferkeit.“* (cap.42,1).
Mit dieser schriftlichen Aussage, seit wann Böhmen eigentlich Böhmen ist, wäre der Fall schon erledigt. Doch mitnichten wird auf diese Feststellung eingegangen, statt dessen bemühen die tschechischen (Laien-)Archäologen ungenannte Linguisten, um die selbstgestellte Frage zu beantworten, ganz so, als wären Tacitus und die reichhaltigen archäologischen Funde und Befunde aus dieser Epoche aus dem böhmisch-mährischen Gebiet für sie Böhmische Dörfer.
Sehr ärgerlich, daß die keltischen Bojer bei ihrem Wegzug für diese tschechische Forscherlaienschar keine Ortsschilder hinterlassen haben, denn, so die kühne Behauptung: *„Man weiß schlicht nicht, wo die Boier damals lebten. Ihr Siedlungsgebiet kann irgendwo zwischen Thüringen und Schlesien gelegen haben.“*
Dies ist klassische Geschichtsklitterung vom Feinsten, ganz in der Tradition von F. Palacky und E. Benesch. Weitere Kostproben dieses Machwerks folgen unten, doch zunächst fragt man sich: Was soll das? Die Lösung liegt im letzten Satz des Artikels, er lautet: *„Die Ansicht jedoch, daß Boiohaemum die Urheimat der Boier bezeichnet, gehört ebenso in das Reich der Legenden wie die Sage über Stammvater Cech.“* Aha, aha, wenn es also keinen tschechischen (slawischen) Stammvater gab, denn es muß sich zwischenzeitlich herumgesprochen haben, daß anfangs die Wikinger auf der Prager Burg residierten, so darf es streng nach tschechischer Logik auch keine keltischen Bojer gegeben haben. Und weiter in dem sonderbaren Text: *„Der Begriff ‚Bajjahaima' kann in den Jahrhunderten vor unserer Zeitrechnung beispielsweise ebenso gut allein das nordböhmische Vorerzgebirge bezeichnet haben, wie auch die gesamte Region zwischen dem Mittelmain und dem Oberlauf der Oder. Es ist außerdem nicht gesichert, daß stets dieselbe Region so genannt wurde. Das ‚Land der Boier' kann auch mit den Boiern mitgewandert sein. Zu den häufigen Wanderungen der Boier gibt es nämlich tatsächlich schriftliche Quellen. ‚Bajjahaima' hat dementsprechend wohl zu verschiedenen Zeiten verschiedene Landschaften verschiedener Ausdehnung bezeichnet. Bei den Namen ‚Bajjahaima', ‚Bohemia' und ‚Böhmen' gibt es noch viel Unklares und Unbekanntes. Sicher ist nur, daß diese Bezeichnung nicht von den keltischen Boiern stammt, sondern ihr Gebiet von Mitgliedern eines unbekannten germanischen Stammes so genannt wurde.“*


Keltische Spangen, Fundort Dux

Diese Vorgehensweise kann man mit Fug und Recht als Tschechisierung der Böhmischen Geschichte bezeichnen, denn weit über siebzig Jahre nach der Vertreibung der deutschen Ureinwohner war es einfach an der Zeit, sich ein neues, den Zeitläufen angepaßtes Geschichtsbild zuzulegen.
Vergleichbares lässt sich hierzulande beobachten. Eine kleine Clique deutscher Prähistoriker behauptet ohne einen wissenschaftlichen Nachweis zu liefern, unterstützt neuerdings durch den Vorsitzenden der grün („-bolschewistischen“) Partei, Robert Habeck („Es gibt kein Volk“, 5.5.2018), es habe nie einen germanischen Volksstamm gegeben. Ebenso, man höre und staune, gab es dem Prähistoriker Prof. Dr. Sebastian Brather, Lehrstuhlinhaber an der Universität Freiburg, zufolge, keine Slawen. Dazu muss man allerdings wissen, dass Brather ein Absolvent der nach wie vor „bolschewistisch“ ausgerichteten Humboldt-Universität zu Berlin ist, von der das entsprechend geprägte Genderisierungsprogramm für den deutschsprachigen Raum ausgeht.
Zeitgleich, und das ist sehr alarmierend, zur derzeitigen physischen Umvolkung und erzwungenen Islamisierung wird eine historische Umvolkung betrieben, das heißt, man versucht, das historische Gedächtnis der Deutschen zu löschen, an dessen Ende ein Helotenstaat stehen soll. Dies bedeutet einen weiteren Völkermord an den Deutschen, dem wir einen aktiven Widerstand entgegen setzen müssen! Alle Deutschen sind dazu aufgerufen! *Dr. Hans-Peter Storch, 5. Juli 2018*

Die Welt verstehen:

1. Wenn der Polizeichef einer Stadt die Quote der Rauschgiftkriminalität senken möchte, dann schickt er seine Ermittler in die Verkehrskontrolle (Rainer Wendt, Vors. der Polizeigewerkschaft).
2. Für die Zuwendungen des Staates an die sog. Parteistiftungen gibt es keine gesetzliche Grundlage. Als die AfD dem abhelfen wollte, sträubten sich die Altparteien dagegen, vor allem deswegen, weil die Mittel von jetzt 581,4 Mio. auf 190 Mio. gekürzt werden sollten (NZ, 29.6.18).
3. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch ist eine geborene „Herzogin von Oldenburg“ (PAZ, 25.5.18).
4. Zweiundfünfzig (52) Prozent der Polen betrachten ihre einstigen, in Jalta aber Russland zugeschlagenen Ostgebiete noch als die ihren (PAZ, 25.5.18).
5. In Deutschland sprechen Fachleute von einer versteckten Inflation, weil die Haltbarkeit vieler Geräte gesunken ist (geplante Obsolenz) und der Bürger für sein Geld und seine Steuern immer weniger bekommt (sh. soziale Versorgung, Schulen, Verkehrsstau, überall lange Warteschlagen usw. Focus 24/2018, S. 64).
6. Die tschechischen Kommunisten wünschen Steuern auf die Restitutionszahlungen, besonders an die Kirchen. Damit könne der angeblich zu hoch angesetzte Bodenwert korrigiert werden. Erstattet wurden pro Quadratmeter 44 Kronen, statt angeblich marktgerechter 10–15 Kronen (= rd. 0,5 €, SLÖ-Pressedienst, 5.6.18).
7. Seit Jahren sind Mängel am Atomkraftwerk Temelin bekannt. Jetzt plant die CR den Bau eines weiteren Atommeilers mit zwei Blöcken in Dukovany, 200 km von unserer Grenze entfernt (Change.or., 10.6.18).
8. Die türkische Werbefirma ARP berät neben den Fussballspielern Özil und Gündogan auch Bundestrainer Löw und Oliver Bierhoff. Für die ARP ihrerseits arbeiten ein Onkel Gündogans und ein Bruder Özils. Hätten ohne diese Verflechtungen Sandro Wagner und Leroy Sané zum Kader gehört? Das fragte Focus in Folge 24/2018.
9. Die Parteien im Deutschen Bundestag wollen die Staatszuwendungen von 169 auf 190 Mio € erhöhen. Dabei betragen ihre auf Banken nachgewiesenen Barmittel 361 Mio €. Spitzenreiter ist die CDU mit 136 Mio, gefolgt von der SPD mit 114 Mio. Hinzu kommen die Werte ihrer Immobilien und Beteiligungen (Focus, 24/2018).
10. Die Einführung des Euro war Frankreichs Bedingung für die (Teil-) Wiedervereinigung Deutschlands. Daher ist es unfair, jetzt die damit verbundenen Probleme zu beklagen oder gar Deutschland anzulasten.
11. Die in Deutschland lebenden Türken mit türkischem Pass wählten am 24. Juni 2018 überwiegend (2/3) den türkischen Autokraten Erdogan. Die FAZ sieht darin ein Scheitern der Integrationsbemühungen (FAZ, 26.6.18).
12. Der Plan, Europa auf dem Wege der Wirtschaftsunion zu einen, ist Marxismus pur, denn dieser glaubt, den Lauf der Geschichte alleine auf wirtschaftliche Entwicklungen reduzieren zu können (Todd, Spiegel, 4.8.18).
13. Die Sowjetunion war mit illegalem Walfang einer der größten Naturfrevler der Vergangenheit. Ihre Fangflotten erlegten bis 1987 vor allem im Südpazifik mindestens 370.000 (!!!) Wale (JF, 29.6.2018, S. 20).
14. Die Verfassungsschutzakten zum Zschäpe-NSU-Prozess werden auf 120 (!) Jahre weggesperrt (JF, 20.7.18).
15. Artikel 14 des Grundgesetzes „für“ Deutschland garantiert das Eigentum. Das meint auch die Stabilität unseres Geldes. Die deutschen Sparer werden aber durch die Nullzins-Politik der EZB (Europäische Zentralbank) und die Inflationsrate „auf kaltem Wege“ enteignet! Bricht die Regierung das Grundgesetz? (FAS, 1.7.18).
16. Die AfD hat am 14. April 2018 in Karlsruhe Organklage gegen die Kanzlerin eingereicht. Es geht um die Nichtbeteiligung des Bundestages in der Asylfrage. Die Klage kann scheitern, weil die AfD 2015 noch nicht im Bundestag war (Netz).
17. Wegen der Fussball-WM hob Russland für einige Staaten die Visumspflicht auf. So reisten viele Migranten nach Russland und von dort weiter in das asylgewährende EU-Land Finnland (PAZ. 13.7.2018, S.1).
18. Im neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: Tierschützer, die zwecks Aufdeckung tierquälerischer Massentierhaltung unberechtigt einen Stall betreten, können künftig wegen Einbruchs angeklagt werden. Die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hat Interviewbitten dazu abgelehnt (Videotext 18.7.18).
18. Das Landesamt für Verfassungsschutz zählt in Hessen 475 gewaltbereite Linksextremisten, das sind 65 mehr als 2014. Bei insgesamt gesunkenen „linken“ Straftaten seien aber die Angriffe gegen Polizisten gestiegen (FAZ, 21.7.18, S.58, Lokalteil).
19. Die Volksgruppenleitung hat bisher die registermäßige Erschließung unserer Heimatzeitungen verschlafen. Bekannt sind bis jetzt nur die auf privater Basis entstandenen Register der Sudetenpost, des Egerländers, des Heimatbriefes Mies-Pilsen, des Witikobriefes und von „Unsere Heimat“ (Staab, Kreis Mies, 1929-1941).
20. Das Bundesverfassungsgericht billigte am 18.7.2018 den Zwangsbeitrag für Rundfunk und Fernsehen. Es übersah aber, dass jeder Bürger auch die Möglichkeit haben muss, auf etwas zu verzichten (FAZ, 2.8.18, S.7).

Der liebe Gott hat Dir Dein Gesicht gegeben, aber lächeln musst Du selber

Die Unabhängigkeit der Gerichte

Der polnische Europaminister Konrad Szymanski musste sich am 26. Juni 2018 in Brüssel einer förmlichen Anhörung stellen. Polen wird vorgeworfen, mit seiner Justizreform gegen das Prinzip der Gewaltenteilung und damit gegen europäische Grundwerte verstoßen zu haben. Falls Polen schuldig gesprochen wird, droht ihm der Entzug des Stimmrechts im Ministerrat.
Wer jedoch einigermaßen informiert ist, weiß „Polen ist überall", denn die Versuchung, die Justiz zu politisieren, ist groß, und nur wenige Regierungen können ihr widerstehen.

Beispiel USA

Sogar die USA boten gerade jetzt ein Beispiel dafür. Im höchsten Gericht herrschte ein labiles Gleichgewicht zwischen Demokraten und Republikanern. Als jetzt ein Richter ausschied, ernannte Präsident Trump einen ihm genehmen Nachrücker. Künftig erwartet man mehr Urteile im Sinne der Republikaner (Spiegel, 30.6.18).

Deutschland

Am krassesten und ungeniertesten verstößt man in Deutschland „gegen europäische Grundwerte" durch das Weisungsrecht der Justizminister gegenüber ihren Staatsanwälten. Streng genommen, wäre auch das ein Fall für Brüssel!
Auch das Wahlverfahren für deutsche Höchstrichter sichert weitgehend den Einfluss der Politik auf die Gerichtsbarkeit. Die Zusammenstellung der Kandidatenliste und die Wahl beachten den Parteienproporz, wobei die Eignung der Kandidaten nicht immer ausschlaggebend ist. Mit dem Aufkommen kleiner Parteien wird dieses Verfahren übrigens immer bizzarer (FAZ, 2.8.18). Was dabei dann herauskommt, zeigte sich vor rd. 20 Jahren beim Streit um die Enteignungen in der früheren DDR. Allzu leichtgläubige Richter nahmen die Aussage der Regierung Kohl für bare Münze, dass die UdSSR die Beibehaltung der Enteignungen angeblich zur Bedingungen für die Vereinigung gemacht hätte. Als sich das aber als hässliche Lüge herausstellte, äußerte Roman Herzog (†) zynisch: *Dann hätten wir eben andere Gründe gesucht(!).* Ist das Objektivität?

Justitia

Die Allmacht der Parteien zeigt sich in Deutschland sogar bei der Auslegung der Grundrechte. So liest man im „Grundgesetz für Deutschland" oft den Zusatz *„Das Nähere regelt ein Bundesgesetz"*. Damit kann ein Grundrecht mit einfacher Mehrheit umgedeutet werden, während eine Grundgesetzänderung nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich ist. Das ist Aushöhlung der Gewaltenteilung pur. „Polen ist also überall". Deutschland sollte sich daher in Brüssel zurückzuhalten.

Internationale Gerichte

Zweifel muss man auch bei den internationalen Gerichtshöfen anmelden, denen der Schutz des Völkerrechts obliegt. Auch da gibt es ein Gerangel um die Berufung von Richtern mit erwünschten Loyalitäten, die im Konfliktfall die Erwartungen der sie entsendenden Staaten nicht enttäuschen. Unter den Folgen leiden bedauerlicherweise auch die Vertriebenen. Unzählige Sudetendeutsche haben sich schon wegen ihrer Enteignung an die verschiedensten Instanzen gewandt, aber niemals ein Urteil in der Sache selbst erhalten. Stets blieb man irgendwo im Dickicht der Zuständigkeiten stecken. Das Personal in diesen Gremien hatte (frei nach Herzog) offenbar immer erfolgreich nach den *„anderen Gründe"* gesucht!

Das Selbstbestimmungsrecht

Unabhängige Gerichte fehlen besonders, wenn es um das Selbstbestimmungsrecht geht. Wenn Volksgruppen dieses einfordern, stoßen sie auf den Souveränitätsanspruch der sie beherrschenden Staaten. Diese setzen so gut wie immer ihre starren Egoismen durch. Leider haben das die USA etwas zu spät erkannt. Dann aber wandten sie sich sehr schnell vom Selbstbestimmungsziel ab und belegten ab Oktober 1919 dieses S-Wort mit einem absoluten Tabu. Das wirkte nach bis zum 2. Weltkrieg und sogar bis zum Kosovokonflikt (FAZ, 20.2.2008)! Wen kann es da wundern,

Exkurs: Zu loben sind daher die Legislativen einzelner osteuropäischer Staaten, die ihre Restitutionsgesetze auch für Deutsche geöffnet haben! Anders als Roman Herzog kennen sie offenbar das hinter der Institution Eigentum stehende Ethos: Man gewinnt es nicht in der Lotterie, sondern erwirbt es durch Fleiß, Tatkraft, Umsicht und Sparsamkeit. Weil das so ist, darf man sein Eigentum auch verteidigen. Nur den Vertriebenen wird eingeredet, dass dies Revanchismus sei.

dass die 24 von den Sudetendeutschen vor 1938 beim Völkerbund eingereichten Beschwerden allesamt abgelehnt wurden? Zu viele der in Genf vertretenen Staaten mussten die Sprengkraft dieses Begriffes fürchten, zu viele hatten selbst Gebiete annektiert, sowohl in Europa als auch in Übersee, wo ihre Protektorate auch Kolonien genannt wurden. Diese haben sich inzwischen emanzipiert, in Europa gebärden sich manche Staaten aber immer noch so, als gehörte ihnen der Kontinent alleine.

Ethische Sahelzone?

Zwar sagt man, dass mit der Einführung des römischen Rechts 1455 eine Trennung von Recht und Moral stattfand. Dennoch brach damit nicht notwendig eine Zeit des moralisch/ethischen Nihilismus an. Unser daraus hervorgegangenes Recht wäre durchaus geeignet, für eine halbwegs befriedete Welt zu sorgen. Wichtig wäre nur die unnachgiebige Beachtung der Gesetze und insbesondere der Gewaltenteilung. Dem Einsichtigen kann nicht entgehen, dass die gegenwärtige Krise des „Westens" vor allem durch den schlampigen Umgang mit dem Recht entstanden ist! *(F.V.)*

Die Aushöhlung der Verfassung gehört zu den Königsdisziplinen der Politik

Resolution der SL-Bundesversammlung vom 30./31. Januar 1988:

„Vertreibungen von Menschen dürfen nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Europa braucht eine dauerhaft befriedete Ordnung auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit, historischer Wahrheit, Versöhnung und Ausgleich. Grundvoraussetzung hierfür ist die Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes auch für die sudetendeutsche Volksgruppe."

Peter Rosegger-Denkmal umgewidmet !

Peter Rosegger (1843-1918) ist den Deutschen als Volksdichter und als Volkstumsarbeiter bekannt. Sein Elternhaus war der 1200 m hoch gelegene Kuppelbauerhof in der Steiermark. Aus dieser Welt schöpfte Rosegger die Stoffe für seine Waldbauerngeschichten. Bald sah er den Mangel an deutschen Schulen und Kindergärten in den Sprachgrenzzonen Österreichs. Daher unterstützte er Sammlungen für die private Errichtung solcher Einrichtungen in diesen Gegenden. Auch im Sudetenland gab es zahlreiche, meist nach ihm benannte Schulen und Kindergärten. Ehrungen blieben nicht aus, wie beispielsweise in Weißkirchen in Schlesien, wo ihm der Verein Deutscher Eisenbahner sogar ein ansehnliches Denkmal errichtete. Das Denkmal steht heute noch, wurde aber zu Ehren des Tschechen Petr Bezruc umgewidmet. Rosegger war zweimal Kandidat für den Literaturnobelpreis (1911 und 1913). Doch der tschechische Kulturverband denunzierte ihn, indem er schrieb: Rosegger würde das Preisgeld *„nur in die Germanisierung slawischer Kinder stecken"*.

Denkmal in Weißkirchen

Der nationale Verdrängungskampf begann nicht erst 1933!

Gedenktafel für das Hanke-Lager in Mährisch Ostrau

Einer der zahlreichen Schreckensorte für Deutsche war nach Kriegsende das sog. Hanke-Lager in Mährisch Ostrau. Auf dem Gelände der Spedition Hanke, Bahnhofstraße 75, wurden ab dem 10.Mai 1945 zahllose Deutsche interniert und 231 von ihnen ermordet.

Mehr als siebzig Jahre danach schrieb die Stadt einen Wettbewerb für ein Denkmal aus. Die eingereichten Entwürfe entsprachen jedoch nicht dem Geschmack der städtischen Jury, so dass man sich nur auf das Anbringen einer Gedenktafel einigte. Sie soll den Wert von 4.000 € (=100.000 Kronen) nicht übersteigen. Das „Lager" wurde am 11. Juni 1945 geschlossen, nachdem tags zuvor noch 32 Deutsche exekutiert worden waren.

Das Leben ist viel zu kurz, um ein langes Gesicht zu machen

Ein Unterschied : Vertreibung - Migration

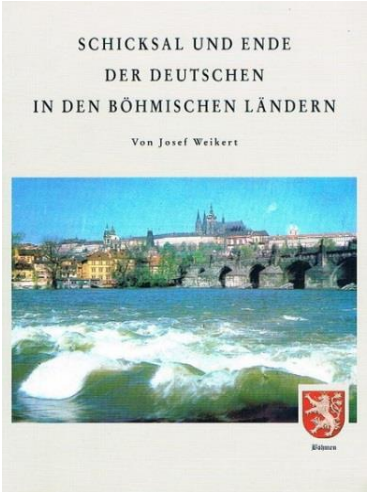
In der politisch/publizistischen Diskussion um die Bewältigung der anhaltenden Migrations-problematik wird häufig auf einen Vergleich mit der Nachkriegs-Flüchtlingsthematik abgestellt. Dabei hinkt wie jeder Vergleich auch dieser.
So war die völkerrechtswidrige Vertreibung 1945/46 eine physische mit Gewaltmaßnahmen verbundene. Eine nicht unbedeutende Anzahl heutiger Migranten emigriert allerdings freiwillig - zudem in ein selbst gewähltes Zielland. Wobei diese 'Freiwilligkeit' vor dem Hintergrund kriegerischer Ereignisse oder lebensbedrohlicher Verhältnisse natürlich zu relativieren ist.
Der wesentliche Unterschied aber zum seinerzeit erzwungenen Exodus aus den deutschen Ostprovinzen, dem Sudetenland und südosteuropäischen Siedlungsgebieten war, daß sich deren Flucht oder Vertreibung und deren Aufnahme im eigenen Land mit gemeinsamer Historie und Verantwortung bei nur geringen kulturellen Unterschieden (Sprache/Religion/Bildung) vollzog. Allerdings eine ausgeprägte 'Willkommenskultur' gab es dabei nicht. Weder im Asylrecht, dem ausschließlich ein "Schutz vor politischer, religiöser oder sonstiger Verfolgung" zugrunde liegt, noch in der Genfer-Flüchtlingskonvention, diese stellt gar nicht auf Kriegsflüchtlinge ab, gibt es einen Anspruch auf Immigration. So mußten in der Nachkriegszeit Emigranten z.B. nach Südamerika - darunter zahlreiche Vertriebene - ebenso wie heute in andere Staaten die vorherige Aufnahmegenehmigung durch die jeweiligen Staaten sicherstellen. Zudem ist kein Land zu unbegrenzter Aufnahme verpflichtet oder hat Unbewältigbares zu schultern.

1945: Warten auf die Willkommenskultur

Daß die Integration der über 14 Millionen deutschen Heimatvertriebenen ohne deren Radikalisierung gelang, haben nach dem Historiker Andres Kossert die Vertriebenen mit Verleugnung ihres Schmerzes und ihrer weitgehend kulturellen Selbstaufgabe bezahlt. Sie hatten sich anzupassen. Und ein in Deutschland lebender algerischer Publizist konstatiert, dass man erst abwarten müsse, ob Migranten unterschiedlichster Kulturen und durch andere Wertesysteme geprägt bereit und fähig sein werden, sich in fremder Umgebung anzupassen, trotz vielfältiger 'Integrations'-Maßnahmen.

So denke man (...) "im Westen beim Flüchtling oder Asylsuchenden an dessen Status und nicht an dessen Kultur, die er nicht so leicht aufgeben wird, sie ist das, was ihm angesichts seiner Entwurzelung bleibt". Gleichwohl gilt "Wer den Schutz des Grundgesetzes beansprucht, muß auch dessen Wertebasis akzeptieren" ebenso wie jeder Einheimische auch. Für die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ein Selbstverständnis und die Grundlage ihrer nach schwierigen Anfangsjahren gelungenen Integration.
Wobei eine nachhaltig betriebene und erfolgreiche Integration der Migranten die Frage aufwirft, die auch der Dalai-Lama thematisierte, wer nach der Befriedung der Herkunftsländer dann überhaupt noch zurückkehren und deren Wiederaufbau gestalten soll. Eine Option, die allerdings den deutschen Heimatvertriebenen verwehrt bleibt. *(FHS)*

"Nach dem jetzigen Asylrecht könnten die Rote Armee und der KGB hier ungehindert einmarschieren, wenn sie sich nur zu Asylbewerbern erklärten."
(Heinrich Lummer, 1981-1986 Innensenator in Berlin)



€ 5,-

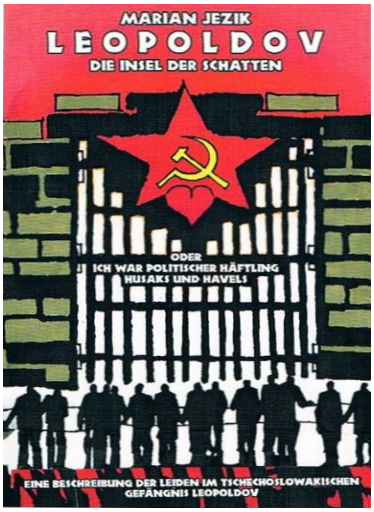
€ 5,-

€ 11,-

€ 9,-

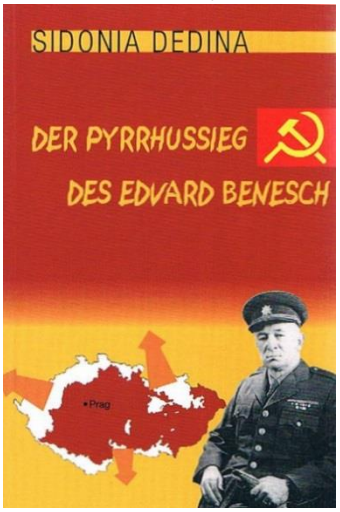
€ 16,50

€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post witikobund-bundesverband@freenet.de